

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mt. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236.

Freitag den 9. Oktober 1901

10. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Junkerthum und Kulturpolitik.

So sicher wie alle Wochen irgendwo in Südamerika oder Hinterindien eine ganz gefährliche anarchistische Verschwörung entdeckt wird, wissen alle paar Monate wenigstens einmal besonders gut unterrichtete Zeitungen zu erzählen, daß die preussische Regierung demnächst wieder mit ihrer Kanalvorlage vor den preussischen Landtag treten wird. Seit vier Jahren ist dieser unglückliche Gesetzentwurf zum Symbol eines Zustandes geworden, der in fast allen deutschen Staaten, besonders scharf aber in Preußen und Sachsen, zur dauernden Erscheinung geworden ist. Es handelt sich um einen vollständigen Stillstand jener Kulturarbeit, deren Vollbringung oder wenigstens deren Anbahnung zu den wichtigsten geschichtlichen Aufgaben der kapitalistischen Wirtschaftperiode gehört.

Marx hat einst als unbefangener Kritiker das Hohelied dieser kapitalistischen Kulturarbeit gesungen, schöner als es irgend ein Prince-Smith oder Schulze-Delitzsch zu singen verstand. In seinem „Kommunistischen Manifest“ findet sich diese berühmte Stelle: „Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäußerung, die die Reaktion am Mittelalter so sehr bewundert, in der trägen Wärenhändler ihre passivste Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Thätigkeit der Menschen zu Stande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andere Büge ausgeführt, als Völkerwanderungen und Kreuzzüge. . . . Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte. . . . Dampfschiffahrt, Telegraphen, Urbarmachung ganzer Welttheile, Schiffsbarmachung der Flüsse. . . . welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?“

Das war mehr Lob als das Bürgerthum, das deutsche zumal, ertragen konnte. So wenig dieses jemals imstande gewesen ist, die politische Macht der mittelalterlichen Reaktion zu brechen, so wenig hat es sich auch des Rückfalls in die „träge Wärenhändler“ zu erwehren vermocht. Das Emporsteigen der proletarischen Bewegung hat ihm keine Zeit gelassen, seine eigene politische Allein herrschaft wenigstens für Zeiten dauernd zu begründen, und auf seiner Suche nach einem sicheren Stützpunkt hat es mit Freunden und ohne alle Scham entdeckt, daß in den Stürmen seiner Revolution die grauen Zwingburgen des Landadels wenig Schaden erlitten hatten. Aber seine willige Unterwerfung unter die Feudalherrschaft mußte auch notwendig die Folge mit sich bringen, daß seine kulturelle Schöpferkraft vorzeitig erlahmte, daß namentlich in den deutschen Einzelstaaten, die den schuldigen Tribut an den Geist der Demokratie auf das Reich abgewälzt hatten, die Gesetzgebung stockte und die Entfaltung der Produktionskräfte an dem Machtwillen der Reaktion ihre Schranke fand.

Die bisherige Geschichte der preussischen Kanalvorlage bietet das typische Beispiel jener merkwürdigen rückläufigen Entwicklung. Für die Annahme des Gesetzentwurfs, wie er am 14. März 1899 zum ersten Male im preussischen Landtage anstachelte, sprach nicht nur das Kulturinteresse, sondern — was bei den heutigen Verhältnissen Preußens viel schwerer wiegt — das Interesse Krupps, weiland des mächtigsten Mannes von Deutschland, und der Wille seines Freundes, des preussischen Königs. So standen sich die zwei seltsamsten Dreiecke in der seltsamsten Kampfstellung gegenüber. Auf der einen Seite Kultur, Kapitalismus und Monarchie, auf der anderen Reaktion, Beamtenhum und — Regierung.

Der Mittellandkanal war bestimmt, den Rhein mit der Elbe zu verbinden und auf diese Weise eine lückenlose Wasserstraße zwischen dem Westen und dem Osten der preussischen Monarchie herzustellen. Er sollte am Rhein unweit Saar begannen, bei Dortmund in den bereits eröffneten Dortmund-Emskanal münden, bei Bevergern ostwärts abbiegen und, am Minden und Hannover vorbeigeführt, oberhalb Magdeburg in die Elbe endigen. Es war ein Lauf von 470 Kilometer Länge, so lang also etwa, wie der Rhein von Bingen bis zu seiner Mündung: ein Wunderwerk also, um mit Marx zu reden, größer als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen.

Und was war von diesem Wunderwerke geblieben nach den gebaldräuben Berzettelungsversuchen der Mehrheit, dem Intrigenspiel der Minister, den verfassungswidrigen Verfassungsversuchen, nach den rhetorischen Kraftäußerungen der Krone? Eine glatte Ablehnung, ein großes Nichts! Am 3. Mai 1901 sah sich der preussische Ministerpräsident genöthigt, nach einem zweiten schwächlichen und kaum ernstgemeinten Versuche, die Vorlage durchzudrücken, zum zweitenmal die Waffen zu strecken.

Seit jenem 3. Mai ist die Kanalvorlage das Gerippe

im Schrank der preussischen Staatspolitik geworden. Sie ist todt und doch wieder lebendig, als Wahnung, als Wunsch oder als Drohung. So ist — von der neuesten Aktion abgesehen, die wir jüngst verzeichnet haben — damals zum letztenmale wieder von ihr die Rede gewesen, als im Sommer dieses Jahres die Hochwässer über das unglückliche Schlesien heriederbrauten, und die Regierung in klaglicher Rathlosigkeit die Hände rang. Zugleich mit dem Mittellandkanal war ja auch durch die gemeinsame Schuld der Regierung und des Junkerthums jener Theil der „wasserwirtschaftlichen Vorlage“ verschleppt worden, der wassergehende Schutzmaßregeln für das schlesische Hochwassergebiet bezweckt hatte. So hat sich auch gezeigt, daß die Versumpfung der kapitalistischen Kulturarbeit nicht nur die unmittelbaren Träger des Kapitalismus schädigt, sondern auch für die Landwirtschaft eine Gefahr ist: jene Landwirtschaft, in deren Namen jetzt fast alles geschieht, was im Interesse des Landadels am Leibe des deutschen Volkes gesündigt wird.

Man hat uns der Herbstwind abermals das unermüdliche Fragepiel gebracht, ob „sie“ kommt, oder ob sie nicht kommt. Die sozialdemokratische Presse hat nun niemals den ausschließlichen Versuch gewagt, in die Gehirnwindungen der preussischen Minister einzudringen und am Ende gar etwas Vernünftiges in sie hineinzujelen. Die wackelnden Gesichtspunkte ihrer Gesellschaftskritik entheben sie der qualvollen Aufgabe, den Räthseln einer sprunghaften Politik im Einzelnen nachspüren zu müssen.

Gleichviel also ob sie kommt, oder ob sie nicht kommt, ob sie eine neue Niederlage erleidet, oder ob sie sich schließlich mit Glück durch das krause Labyrinth agrarisch-kapitalistischer Kompensationspolitik mühselig hindurchschwächt — sicher ist, daß jene Reibungsgegenstände, die sich einer kapitalistischen Kulturpolitik entgegensetzen, sich keineswegs vermindern, sondern daß sie vielmehr in gleichem Maße steigen, als sich das Bedürfnis des Bürgerthums nach einer Austerung an das feudale Gewaltregiment vermehrt.

Was Karl Marx dem Bürgerthum Lobes verkündigt hat, hat die Zeit überholt. Die Periode schöpferischer kapitalistischer Kulturarbeit ist zu Ende, die Wunderwerke der neuesten Zeit bleiben auf dem Wege stehen; eine Zeit der vollkommenen gesetzgeberischen Stagnation, ein Abglanz mittelalterlicher Wärenhändler ist wieder eingeleitet.

Draußen aber, vor den Thoren des preussischen Junkerparlaments, steht, zum Angriff gerüstet, das Proletariat und sein Programm der unendlichen Thatensätze und Fruchtbarkeit. Es giebt für die Zukunft keine Kulturpolitik mehr, die nicht sozialistisch ist!

Politische Mundschau.

Deutschland.

Eine Junkerverschwörung ist gegen den Grafen Bülow im Gange. In einer Polemik gegen die „Frankf. Ztg.“, welche behauptet hatte, daß unter der Ministerpräsidentenschaft des Grafen Bülow der Mittellandkanal nie zustandekommen würde, hatte die „Nat.-Ztg.“ erwidert, daß Konservative und Sozialistenbödder in letzter Zeit mit allen Mitteln auf den Sturz des Grafen Bülow hinarbeiten, um an dessen Stelle einen „starken Mann“ zu bringen. Darauf antwortet nun die „Kreuz-Ztg.“: „Hier wird allgemein den Konservativen „Ministerstürzer“ vorgeworfen. Es widerspricht aber den konservativen Grundsätzen, direkt oder indirekt die Stellung eines Ministers zu untergraben. Die Ernennung und Verabschiedung von Ministern muß der Initiative Seiner Majestät des Königs vorbehalten bleiben. Es giebt allerdings einige agrarische Kreise und auch leider vereinzelte Konservative, die aus verschiedenen Gründen auf Einsetzung eines anderen Ministerpräsidenten dringen. Konservativ ist dieses Verhalten nicht, und die Partei muß sich verbitten, für solche Wünsche verantwortlich gemacht zu werden.“ — Warum will die „Kreuz-Ztg.“ die konservativ-agrarischen Ministerstürzer nicht nennen, wenn sie dieselben kennt? Im Uebrigen ist es natürlich gut gespielt Feuchtelei des Junkerblattes, wenn es den Verdacht weit von sich weist, daß es überhaupt konservativ Ministerstürzer gäbe. Aus der preussischen Geschichte lassen sich genügend Beispiele anführen, wo gerade Konservative die Vorlesung der Könige gespielt und die Stellung der Minister erschüttert haben.

Im zweiten Berliner Wahlkreise setzten Dienstag Abend unsere Genossen die Debatte über den Parteitag in Dresden fort. Bebel sprach zwei Stunden. Er verwahrte sich zuerst gegen das blöde Geschwätz von der „Diktatur Bebels“ und ging dann mit dem „Vorwärts“ wegen dessen Berichterstattung über den Dresdener Parteitag zu Gericht. Auf den Streit zwischen Harden, Heine, Bernhard u. s. w. ging er ausführlich ein und sprach die Befürchtung aus, daß Harden das Wichtigste noch nicht gesagt

habe. Es sei beschämend, daß der Gegner sich anständiger benommen habe, wie die eigenen Parteigenossen. Nach einer hierauf folgenden Bertheidigungsrede Bernhards, in der er Mehring der Lüge zieh, sprach der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Genosse R. Fischer. Er vertheidigte sich gegen den Vorwurf des Revisionismus, erklärte, er glaube den angeklagten Genossen mehr als Harden, und hat um größere Rücksichtnahme auf die Ehre und das Ehrgefühl der Parteigenossen. Schließlich wurde gegen wenige Stimmen eine Resolution angenommen, die sich gegen den Revisionismus richtet, die Vorgänge auf dem Parteitage billigt und, trotz Bebel's Abmahnung, den Parteivorstand auffordert, die Untersuchungen über die von Harden gegen Braun, Bernhard, Heine und Böhre erhobenen Besuldigungen so zu beschleunigen, daß noch vor den Landtagswahlen klar wird, ob sie noch ferner würdig seien, der Partei anzugehören. — Vertrauensleute des Wahlkreises Frankfurt-Bebus erklären im „Vorwärts“, über ihren Abg. Heinrich Braun werde demnächst ein Schiedsgericht des Wahlkreises zusammentreten. Sie bedauern die persönliche Berzeugung, die das Parteileben zerrütete und die Einheit der Partei löste. Die Beurtheilung aller Fragen über die Würdigkeit bestimmter Genossen zu Ehrenämtern sei ausschließlich Sache der Parteigenossen des betreffenden Kreises.

Antisemitischer Freisinn. Unter den Freisinnigen des Landtagswahlkreises Seltow-Charlottenburg sind bekanntlich wegen der Aufstellung der Kandidatur des Eugen Richter nicht genehmten Dr. Arthur Bernstein lebhafteste Zwistigkeiten ausgebrochen, die bereits (wie auch von uns gemeldet) dahin geführt haben, daß Eugen Richter seine Leute in diesem Kreise mit dem großen Mann belegt hat. Im weiteren Verlaufe dieses Zwistes ist nun auch auf die Vorgänge bei der Reichstagswahl in Torgau-Liebenwerda zu sprechen gekommen, wo i. J. Dr. Bernstein ebenfalls kandidirt hatte. Da theilt nun u. a. Herr Swald Conrad, Schriftführer des Kreiswahlvereins der Freisinnigen Volkspartei in Torgau, in der „Berl. Ztg.“ folgende interessante Episode freisinniger Rassenfeindschaft mit: „Am 29. Dezember 1899, nachdem wir Herrn Dr. Bernstein zum Kandidaten nominirt hatten, erschien Herr Abgeordneter Rektor Kopsch bei uns und suchte uns von der Kandidatur Bernsteins abzubringen. Als er sah, daß wir uns nicht abbringen ließen, sagte er schließlich: Ihr werdet doch Bernstein nicht wählen, der ist ja ein Jude.“ Und als wir erwiderten, daß das uns auch egal wäre, daß Bernstein aber übrigens überhaupt kein Jude sei, sagte Herr Kopsch: „Na, er ist ja doch immerhin ein getaufter Jude.“ Wir waren damals sehr entrüstet über Herrn Kopsch, wollten aber im Interesse der Sache schweigen. Nach dem hinterlistigen Ueberfall der „Freis. Ztg.“ gegen Dr. Bernstein aber scheint es uns notwendig, offen zu sagen, wie es eigentlich bei unserer Parteileitung steht.“ — Eugen Richter ist diese Feststellung schließlich höchst unangenehm, und er windet sich in seiner „Freis. Ztg.“ wie ein Wurm, um Herrn Kopsch aus der Tinte zu reißen. Gegenüber den konkreten Angaben des Torgauer Vertrauensmannes ist das aber ein vergebliches Beginnen, und es bleibt die Thatfache bestehen, daß Mitglieder des Vorstandes der Freisinnigen Volkspartei antisemitisch sind. Was werden die Juden im Lande dazu sagen, die bisher in der Hauptrolle die Gefolgschaft der Richtergarde stellten und zur Füllung der freisinnigen Rassen ihr Scherstein beitrugen? Und was wird insbesondere Herr Heise sagen, den doch nur die thatkräftige Hilfe freisinniger Juden über Wasser hält?

Wahlrückfrage. Kurz nach den Reichstagswahlen wurde im Nürnberger „Frankf. Kurier“ ein großes Geleire darüber angestimmt, daß massenhaft Arbeiter, die in Fürth wohnen und in umliegenden Orten arbeiten, von ihrem Wahlrecht doppelten Gebrauch gemacht hätten. Und in der ganzen bürgerlichen Presse national-liberaler und freisinniger Richtung bröhte das Geschrei des Nürnberger Sozialistenfreierorgans nach. Jetzt hat sich nun aber herausgestellt, daß das freisinnige Schafwackerblatt elend gestunken hatte. Die angestellte Untersuchung hat nicht das geringste ergeben, was die vom „Frankf. Kurier“ ausgesprochene Verdächtigung irgendwie begründen konnte. Gegen zwei Brauer, die man besonders der Doppelwahl bezüchtigt hatte, ist die Denunziation elend ins Wasser gefallen. Die beiden Brauer haben völlig zu Recht von ihrem Wahlrecht in Fürth Gebrauch gemacht; eine strafbare Handlung konnte ihnen auch schon deshalb nicht zur Last gelegt werden, weil sie auf die Enttragung in die Wählerliste keinerlei Einfluß ausgeübt haben.

Ueber das Volksschulwesen des gesammten Deutschen Reiches werden der „Volksztg.“ nach den letztjährigen Statistiken der einzelnen Bundesstaaten folgende interessante statistische Angaben mitgeteilt: Die Zahl der öffentlichen Volksschulen betrug 58 164; an ihnen unterrichteten 122 145 Lehrer und 22 339 Lehrerinnen. Die Schüler und Schülerinnen der öffentlichen Volksschulen stellen die gewaltige Zahl von 8 829 812 dar. Die gesammten Aufwendungen für die öffentlichen Volksschulen beliefen sich im Jahr auf 413 Millionen Mark; davon wurden von den Staaten und 120 Millionen Mark beigesteuert. Auf eine Lehrkraft entfielen im Durchschnitt 61 Schüler; jeder Volksschüler verursachte einen durchschnittlichen Kostenaufwand von 47 Mk. jährlich. Außer den öffentlichen Volksschulen bestanden noch 614 Privatschulen mit Volksschulziel, die von 39 799 Kindern besucht wurden. — Diese Zahlen werden erst in das rechte Licht gesetzt, wenn man sie mit denen des Militärstats im Vergleich stellt. Nach dem Statistengesetz für 1903 besteht die deutsche Armee in Friedenszeit aus 24 350 Offizieren, 81 097 Unteroffizieren, 495 500 Gemeinen und Gefreiten; unter Hinzurechnung der Militärärzte (2 206), der Jägermeister, Armee-Muskulspizienten, Werkstätten-Vorsteher (1 057), der 682 Forstjäger und 1 106 Büchsenmacher, Waffenmeister und Sattler zählt die Armee insgesamt 605 998 Mann. Natürlich sind auch die Kosten entsprechend hoch. So betragen im Etat 1903 die fortwährenden Ausgaben für das Heer 576 333 000 Mk. und die einmaligen sowie außerordentlichen Ausgaben 80 409 700 Mk. Im Militärstate Deutschland ist die Volksschule eben noch wie vor das Achtenbittel.

Die gerichtliche Untersuchung der Wahlfälschungen, die bei der letzten Reichstagswahl in Gr. Saatspe im Wahlkreise Kolberg-Rostin festgestellt sind, ist abgeschlossen; die Verhandlung wird voraussichtlich Ende Oktober stattfinden. Die Affäre hat jedoch schon jetzt zu einem interessanten Vorspiel vor Gericht geführt. In der am 5. d. M. eröffneten Sitzung des Schwurgerichtes in Rostin ist der „Lb. Korresp.“ zufolge, der bis dahin in Rostin noch nie konstatierte Fall eingetreten, daß der Vorsitzende eines als Geschworenen eintretenden Herrn, nämlich des Rittergutsbesitzer Grafen Rading-Groß-Saatspe, als Geschworenen auszusprechen mußte, weil gegen ihn auf Grund des § 232 des Strafgesetzbuches wegen Wahlfälschung von der hiesigen Strafkammer das Hauptverfahren eröffnet worden ist.

Eine neue Zeitschrift zur Sozialistenvernichtung ist auf dem demnigen Zeitungsmarkt erschienen. Der Konkurrent des Renegaten Lorenz heißt R. S. Lehmann, die Zeitschrift, die den Sozialismus in einem Meer von Linte erlösen soll, heißt der „Janus“; dieselbe erscheint im Verlag von Hans Klee (Berlin-Wilmersdorf). Der Herr Lehmann hat sich ein solches Ziel gesetzt, er will zu Felde ziehen gegen die „öde Gleichgültigkeit, oberflächliche Verplattung und lässliche Vaterlandslosigkeit“. In dem einleitenden Artikel der ersten Nummer des „Janus“ wird die Energielosigkeit und die Unfähigkeit und Katholizität der Regierung, sowie die gegenseitige Befehdung der Ordnungsparteien bei der stets wachsenden Gefahr der Unzufriedenheit getadelt. Es werden verschiedene Maßregeln verlangt gegen die „Unzufriedenheit“ und „Staatserfütter“, deren Lehre der Natur und dem Wesen des Menschen, der Gesellschaft und des Staates zuwider sein soll. Auch auf literarisches, künstlerisches und wissenschaftliches Gebiet will Lehmann entgegenschlagen. Vor allem hat er sich um die Beseitigung der Frauen-Emancipation zur Aufgabe gemacht. Die Sozialdemokratie braucht allerdings vor diesem „Janus“ nicht zu zittern, sie ist schon mit ganz anderen Männern fertig geworden als dieser Herr Lehmann ist. Jemandem ist nicht außer acht zu lassen, daß sich die Stimmen der Schwarzwälder ständig mehren, und es ist nur zu wahrscheinlich, daß die Heftigkeit der Schwarzwälderorgane in Regierungskreisen ein nachhaltiges Echo finden.

Verhaftung. In Ebersdorf in Böhmen wurden Dienstag, wie aus Ebersdorf gemeldet wird, nicht an der Grenze zwei sozialdemokratische Flugblättervertheiler aus Ebersdorf namens Ritter und Reichler von österreichischen Gendarmen verhaftet und dem Bezirksgericht in Friedland übergeben. — Deshalb waren beiden Genossen verhaftet worden, ist wahrscheinlich Geheimnis der überreichten österreichischen Gendarmen.

Ausweisung. Wie der „Korresp.“ in Ebersdorf mitteilt, wurde der dortige Kaufmann Eduard Kappeler, der ein Galizier ist, vor der preussischen Behörde ausgewiesen. Kappeler war zuerst Direktor des polnischen Kupferwerks (Schmelze) der Gemeinde der kleinen Künze in Polen und leitete auch die hiesige Gewerkschaftsversammlung dieser Gemeinde. — Kappeler ist der preussische Staat keineswegs geneigt!

Dem Verdienste seinen Lohn. Der „Korresp.“ veröffentlicht die Verleihung des Kronenordens II. Klasse an Dr. Frege-Beltzer, Vorstand der Hülfs-Schule und Dekan des hiesigen Kath.-Klosters.

Ueber das Aufreten eines deutschen Abenteurers in China selbst „Landsmann“ aus Peking: Der deutsche Gelehrte Herrmann von Schlegel hat bei dem chinesischen Kaiserhof in Peking, Ermitierungen über eine angeblichen ehemaligen Kapitan der deutschen Marine namens Rudolf Bode angestellt, der im August aus Tientsin in Europa eintraf, und sich rühmte, China zu durchziehen, ohne irgendwas etwas bezahlen zu brauchen. Er hat, wie berichtet wird, bei den Provinzialregierungen Gelder erhoben und die Befreiung von Steuern erzwungen, welche die Bewilligung seiner Forderungen abhielten, indem er den Provinzial-Gouverneuren und anderen Beamten behauptete, daß bei dem Kaiserhof Namen zu begehren. Die Provinzialregierungen sah darüber, daß solche Sache eingeleitet werden, da die Provinzialregierungen die Folgen davon zu tragen hätten.

Neue politische Nachrichten. Dem „Korresp.“ wird aus London mitgeteilt, daß von dem Reich durch die Annahme ergangen sei, der Vertrag des Abg. Koranyi über weitere Hindernisse in den Weg zu legen. — Die amtlich mitgeteilte Nachricht, daß von dem Reichswaldern Reichstag, daß jemand der Reichsbehörde in Magdeburg die Aufhebung der Weite wegen der auf herüber in diesem Jahre geschwebenen Forderung beantragt worden ist, jeder Bestätigung. — Berichtete wurde am Mittwoch ein Bericht der Reichsbehörde in Wien, daß der hiesige Direktor der Amtsstelle

schast Kall- und Ziegelwerke Dekmay, Arthur Böhme. — Das französische Parlament tritt wahrscheinlich am 20. Oktober wieder zusammen. — Vor dem Richterpolizeigericht in San Sebastian (Spanien) wurde gegen den aus Frankreich verbannten Paul Peroulette wegen Körperverletzung und Beschimpfung verhandelt. Ein Franzose hatte gegen ihn Strafanzeige erstattet, weil er ihn, da er sich angeblich auf Grund falscher Empfehlungen bei ihm eingeschlichen habe, aus dem Hause geworfen habe. Nach zweitägiger Verhandlung sprach das Gericht Peroulette frei, weil er in berechtigter Nothwehr gehandelt habe. — Die anarchistische Zeitung „L'Agitation“ wurde nach einer Meldung aus Rom konfisziert wegen eines Artikels: „Die anarchistischen Sozialisten und die Zukunft des Jaren“. — Die Nachrichten über Unruhen in den Städten des Gouvernements Westarabien Ghotin und Mohilem = Hobolsti werden von amtlicher Stelle als unrichtig erklärt. — Die ersten chinesischen Arbeiter werden im Januar in Transvaal eingeführt werden. Die Diamantenbarone haben ihren Willen durchgesetzt.

Nordwegen.

Diehr geht. Das Nordische Telegraphenbureau erzählt, daß das Ministerium Diehr an einem der ersten Tage nach dem Zusammentritt des Stortings zurückzutreten gedenke. — Bekanntlich haben die jüngsten Wahlen dem Ministerium Diehr den Todesstoß versetzt.

Finnland.

Wie es gemacht wird. In Helsingfors zielt seit einigen Tagen die Arbeit eines „ganz vertraulichen“ Schreibens des russischen Generalgouverneurs an die Gouverneure der acht Provinzen Finnlands. Es heißt darin: „Wir befinden uns in einer schwierigen Lage und wir müssen alles aufbieten, damit die Instabilität der Beherrschenden diesmal befriedigend ausfällt. In einem Gespräch mit dem Herrn Minister-Staatssekretär (Plehwe) hat er folgendes im Vorschlag gebracht: 1. Der Gouverneur muß danach streben, die Ergebenheit der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen, was ihm kaum schwer fallen dürfte, wenn er die finnische Sprache beherrscht. 2. Der Gouverneur muß seine Provinz durchreisen, die Bauern besuchen und ihnen klar machen, daß ihre Zukunft davon abhängt, daß die Beherrschenden sich stellen; der Gouverneur muß mit den Bauern freundlich sprechen, wenn möglich. Kann er aber zu Drohungen seine Zuflucht nehmen. Vieles wäre gewonnen, wenn man die Schullehrer und die Vorsteher der bäuerlichen Hochschulen überreden könnte, für unsere Sache einzutreten. Den Erzbischof haben wir schon gewonnen; er ist uns von großem Nutzen gewesen und hat uns die größten Dienste geleistet. Mit Gott! R. Bobrikow.“ — Es ist immer eine „schwierige Lage“, wenn man ein Volk zu ver-gewaltigen unternimmt.

Rußland.

Neue Absperrungsmaßregeln gegen die Ein-jahr von ausländischen revolutionären Schriften plant die russische Regierung. Unlängst schloß eine Konferenz im Ministerium des Innern ihre „Arbeiten“ ab, die, wie man der „Sächs. Arb. Ztg.“ berichtet, eigens dazu berufen war, solche Maßregeln auszuführen zu machen. An dieser Konferenz nahmen außer ministeriellen Petersburger Beamten auch die der politischen Gendarmerie der Grenzbezirke teil. Und wie es bei solchen und ähnlichen Fällen üblich ist, beschloß man, die Macht der Grenz-gendarmerie zu verstärken und ihr größere Selbstmachten zur Bekämpfung der Kosten „der geheimen Agentur“ unter den Grenzwohnern Russlands und Preussens zur Verfügung zu stellen. Das heißt in allgemein verständliche Sprache übersetzt — zum Zwecke der Verleitung zur Spionage der betreffenden Bevölkerung. Diese Maßregeln, die zur Bekämpfung des Unfurzes dienen sollen, stehen nicht vereinzelt da. Ob sie der Regierung bei der allgemeinen Unzufriedenheit, die besonders in den letzten Jahren gewachsen ist, helfen werden, bleibt dahingestellt.

Ein Geheimlaß des Kriegsministers. Die soeben erschienene Nummer „Oswobodnien“ veröffentlicht einen geheimen Erlaß des Kriegsministers, der am 8. September d. J. an die höchsten Militärbehörden gerichtet ist. In diesem Erlaß heißt es: „Der Minister hat erfahren, daß die Militärbeamten, die im Ressort Ihrer Excellenz dienen, sich nicht nur verbotene russische Schriften zu lesen erlauben, sondern sogar in den Räumen von Offizieren diese Schriften an andere Leute zu übergeben sich erdreisten. Die Offiziere handeln unangehörig, so, weil sie überzeugt sind, daß sie sich in der Zukunft nicht unter der Aufsicht der Polizei, die ihre Zusammenkünfte zu überwachen kein Recht hat, befinden. Solche Ungehörigkeit kann nicht weiter geduldet werden, darum empfiehlt der Minister Ihrer Excellenz folgendes: 1. Alle leitenden Kommandochefs auf die Frivolität einer solchen Handlungsweise aufmerksam zu machen. Der Minister ist überzeugt, daß die Herren Chefs keine weitere Erklärung darüber verlangen werden. 2. Die Kommandochefs werden für die Wahl der Offiziere, die die Verwaltung des Kasinos leiten und die mit der Beaufsichtigung der Offiziersversammlungen betraut sind, falls die sittlichen Eigenschaften dieser Offiziere nicht genügend sein sollten, verantwortlich gemacht. 3. Die Offiziere, die diese Versammlungen beaufsichtigen, dürfen nicht, wie es bisher geschah, sich mit lässigen, und wie es sogar oft passiert ist, nur einige Minuten dauernden Besuchen begnügen, sondern sie müssen sorgfältig in der Gemeinschaft mit dem Kommandowalter, auf das Betragen der Herren Militärbeamten achten. Dabei hat es der Minister für notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß die Übergabe und folglich die Verbreitung von der Jenar verbottener Schriften ohne an und für sich ein Verbrechen ist, wenn aber diese Verbreitung in den Räumen von Offizieren geschieht, so kann es als nichts anderes als ein besonders schweres, die Ehre und die Würde des ganzen Kriegesressorts verlegendes Verbrechen angesehen werden.“ Die Redaktion des „Oswobodnien“ bemerkt dazu, daß da die Gendarmen, Spigel und Schützlinge keinen Zutritt zu den Offizierslokalen haben, der Kriegsminister mit seinem Erlaß einige Offiziere, eine daß sie ihre Uniform nicht, als Gendarmen, Spigel und Schützlinge verwenden wollen. Besonders charakteristisch für die unangehörigen Handlungen, die in russischen Heere und besonders in russischen Offizierslokalen sich immer mehr verbreiten, ist der Umstand, daß dieser geheimen Erlaß des Kriegsministers, dessen Absicht er einen gewöhnlichen

Kanalenbeamten nicht anvertraut hat, noch früher an den Redaktionsstisch des „Oswobodnien“ gelangte, als in die Hände der Generale, an die er adressiert war!

Frankreich.

Zu großen Ausschreitungen in Lille hat nach offiziellen Meldungen der Zustand der Textilarbeiter in Armentieres geführt, über dessen Ausbruch bereits berichtet wurde. Die Ausländigen aus Armentieres zogen Dienstag nach Lille und setzten es dort durch, daß in fünf Webereien und einer Spinneret, in denen 2900 Arbeiter beschäftigt waren, die Arbeit eingestellt wurde. In verschiedenen Dörfern der Umgebung von Lille wurden angeblich Gewaltthätigkeiten verübt. Eine Anzahl Häuser wurden demolirt und mehrere Barrikaden (?) aufgeführt, die von der Gendarmerie wieder zerstört werden mußten. In den Bäder- und Schlachtereien, Wirtschaften und sonstigen Geschäften erzwangen die Aufrührer die Herausgabe von Lebensmitteln. In mehreren Orten gingen Dragoner und Gendarmen gegen die Menge vor. Eine Kapelle wurde geplündert. Die Telegraphenlinien wurden zerstört. An anderen Punkten sperrten die Ausländigen die Straßen mit Stacheldrähten (?) ab. Nach allen bedrohten Stellen wurden starke Truppen-Abtheilungen geschickt. Auch der Zollposten an der belgischen Grenze wurde verstärkt. Der sozialistische Bürgermeister von Lille, Deputirter Delory, weigerte sich, die Truppen in den Häusern der Gemeinde unterzubringen. Der Kriegsminister ersuchte den Präsidenten des Departements du Nord, alle militärischen Maßnahmen zu treffen, die seinerzeit anlässlich des Bergarbeiter-Ausstandes getroffen waren. Mittwoch nahmen, wie weiterhin gemeldet wird, die meisten der Fabriken den Betrieb wieder auf; sie werden militärisch bewacht. — Wahrscheinlich hat der offizielle Telegraph wie das in Arbeiterfragen ständige Gewohnheit ist, aus der Mücke einen Elefanten gemacht, weshalb unbeeinflusste Nachrichten abzuwarten sind.

England.

Das neue Ministerium Balfour löst in der liberalen Londoner Presse auf eine vernichtende Kritik. „Daily News“ schreiben, die Liste der neuesten Minister bilde die cynischste und schamloseste Herausforderung der öffentlichen Meinung in unserer Generation; der Rücktritt Devonshires befehle das Schicksal des Ministeriums; das sei ein Schlag, dem es früher oder später unterliegen müsse. Selbst der konservative „Standard“ findet, daß die Umbildung des Kabinetts, nachdem sie so lange Zeit in Anspruch genommen, jetzt unzulänglich Li ch erscheine; das Blatt fragt, ob Balfour wirklich beabsichtigt, dem Parlamente mit einem so schwach geschwächten Kabinet gegenüberzutreten. Die Ernennung Alfred Dreyfons zum Nachfolger Chamberlains bezeichnet das Blatt als einen Streich phantastischer Frenie. „Daily Mail“ bräut ebenfalls große Unzufriedenheit aus und verspricht dem Kabinet keine lange Lebensdauer. Andere unionistische Organe äußern sich weniger abfällig, aber auch sie bezeichnen den Rücktritt Devonshires als ein ernstes Mißgeschick der Regierung.

Die neueste Rede Chamberlains. Soe Chamberlain hielt Dienstag in Glasgow in einer Versammlung eine Rede. Mit stürmischer Jubel begrüßt, führte er aus, obwohl Glasgow die Geburtsstätte des Freihandels sei, habe er sich nicht gefürchtet, hierher zu kommen, um die zollfreie Einfuhr zu bekämpfen, und er fürchte sich noch weniger davon, die Vorzugsbehandlung der Kolonen zu predigen. Chamberlain widmete Johann Balfour Worte wärmster Anerkennung und erklärte, nichts sei geschehen, was irgendwie die Freundschaft und das Vertrauen zwischen ihm und dem Premierminister beeinflussen könnte. Er sprach dann von gewisser böswilligen Unterstellungen und beionte in warmen Worten, er würde niemals zulassen, daß man ihn als Kon-kurrenten seines Freundes und Führers hinstelle.

Marokko.

Ueberfall einer Regierungskarawanserei. Nach einer Meldung aus Tanger vom 6. Oktober haben bewaffnete Räuber unter Führung Raissulis eine Regierungskarawanserei 20 Meilen von Tanger angegriffen und eine Menge Europäern gehörendes Vieh geraubt.

Vereinigte Staaten.

Sämmtliche Berrückte in den Vereinigten Staaten scheinen eine Wanderung nach Washington unternommen zu haben, um die idyllische Ruhe in Roosevelts Präsidenten-darben zu unterbrechen. Mittwoch erschien, wie aus Washington geteilt wird, im Weißen Hause abermals ein Mann, der durch sein Benehmen Aufsehen erregte. Er wurde von den Bediensteten, auf die er den Eindruck eines Berrückten machte, ohne daß er Widerstand leistete, sofort festgenommen und gab an, daß er John Deder heiße und aus Norwich (Connecticut) stamme. Der Mann, der anscheinend Handwerker ist, trug keine Waffe bei sich. Eine weitere Meldung bringt noch folgende Einzelheiten: Deder, der unverheiratet ist, war seit 2 Jahren in einer Waffenfabrik in Norwich beschäftigt, er erschien Dienstag im Feiertagestog in der Fabrik und sagte, er wünschete seine Arbeit anzugehen und fortzugehen, worauf er abgeholt wurde und die Fabrik verließ. Der Fabrikleiter hat erklärt, Deder sei zwar ein eigenthümlicher Mensch und habe nicht für sonderlich hell gegolten, aber er habe nie Zeichen eines gewaltthätigen Charakters erkennen lassen.

Ostasien.

Die Russen haben in Yengampyo Forts errichtet und mit Geschützen versehen, obgleich die koreanische Regierung bei ihrer Weigerung beharrt, ihnen Land zu verpachten.

Rüben und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 8. Oktober.

Die Genossen seien hiermit nochmals an den letzte Abend stattfindenden Laube-Abend erinnert. Versäume Niemand, sich für billiges Geld einen genussreichen und belehrenden Abend zu verschaffen. Karten zu 20 Pf. sind an der Kasse zu haben.

Die hiesige bürgerliche Presse hat sich bezeichnender Weise jeglicher Kritik über das am Sonnabend gefällte harte Urtheil gegen die 5 unglücklichen Menschen, die sich in ihrer Erregung anlässlich des Steinfeuertreits zu einigen unüberlegten Handlungen hinreichend ließen, enthalten. Nur

Gestern wurde uns die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Schiffszimmermann **Albert Hinkfoth** mit der ganzen Bejahung der dänischen Datt "Clara" bei Mazatlan in seinem noch nicht vollendeten 20. Lebensjahre seinen Tod in den Wellen fand.
Dies zeigen tiefbetäubt an
Th. Hinkfoth u. Fran, geb. Deichen, und Kinder.

Heute Morgen 1 1/4 Uhr starb nach langem Leiden mein lieber Mann der Schlosser
A. Jensen.
Aufs tiefste betrauert von mir und meinen Kindern
C. Jensen Wwe.
Aufnahme Sonntagabend den 10. Oktober, Morgens 10 1/2 Uhr von der Kirchhofkapelle. Trauerfeierlichkeit 10 1/4 Uhr.

Zu verm. eine abgeschl. Etage
3 Zimmer u. Zubehör zum 1. Nov. oder später.
Preis 185 Mk. Näh. Bülowstr. 3, part. (Burgth.)
Zum 1. Jan. 1904 eine Wohnung
zu vermieten.
Kerkringstr. 44,
unterh. Ludwig- u. Friedenstr.

Ein Kaufjunge gesucht.
Suppenküchenstr. 26.
Tüchtige Tischfräucher
für Gemeindefabrik bei gutem Lohn und dauernder Stellung gesucht. Offerten sub J. U. 9382 an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Ein tüchtiger Klempnergeselle
für Werkstattarbeit,
ein Gasfitter und ein jugendlicher Arbeiter
haben sofort lohnende Beschäftigung.
W. Klässendorf, Klempner u. Mechaniker,
Büldstraße 116.

Frauen
für die Wärmiranstalt.
August Schumacher.
In kaufm. gesucht ein kleines Haus mit
Stammerei. Offerten mit genaue Preis und
Ang. unter Z. L. an die Exp. d. Bl.

Für Bäckerinnen!
Das Haus Emilienstraße 4 ist mit gut-
gehender Bäckerlei umfänglich halber zum 1. Jan.
preiswert zu verkaufen oder zu vermieten.

Knaben- und Mädchen-Auzüge
16 J., w. a. erfahrener Schneiderin gut und
billig angefertigt. **Kaschhofstr. 33, 1. Etg.**

Ein Posten neugestopftes
Bettzeug
mit leichter Beschädigungen hat sehr billig
abzugeben
Fleischhauerstraße 86.

Der Deutsche Reichstag
1903—1908.
Biographisch-histisches Handbuch
von **Joseph Kürsehner.**
Stimmliche Reichstagsabgeordnete
sind nach ihrer Photographie abgebildet.
Preis 50 Fig.
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Fahrräder.
Reparatur aller Systeme.
Daher werden auf das
Beste repariert.
Gesamtl. Ersatzteile stets auf Lager.
— Eigene Schweißwerkstatt. —
J. Ventzen, Fabrikstr. 11. 53.

Führer
durch die
Strafprozessordnung
Rechte des Angeklagten
vor Strafgericht und Polizei.
Von **Dr. Hugo Heinemann.**
Preis 40 Fig.
In beziehen durch die
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**
Schmiedstraße 54.

Zur Aufklärung!

Seit einigen Jahren gehen in Lübeck sogenannte Kolporteurs in Familientreise und suchen die Familienmitglieder zu überreden, nach alten kleineren Photographien, besonders von Verstorbenen, Vergrößerungen anfertigen zu lassen. Hat sich hierzu Jemand überreden lassen, so zahlt er womöglich gleich die Hälfte des Betrages an den Kolporteur; zahlt er nicht, so hat er einen Schein zu unterschreiben, welcher nach genauer Beschichtigung besagt, daß das Bild, wie es auch ausfalle, voll und ganz vom Besteller zu honorieren ist. Auch wird der Eric angewandt, daß das Bild gratis angeboten wird. Nach ca. 14 Tagen erhält solcher Besteller aus Berlin, Paris, Kopenhagen oder Stockholm ein sehr liebenswürdiges Schreiben, in dem mitgeteilt wird, obgleich noch nichts an dem mitgegebenen Bilde gerührt ist, daß dasselbe schon fertig und sehr hübsch ausgefallen sei, es bedürfe nur noch der Einblendung von 8, 10 oder 12 Mark für einen eleganten dazu passenden Rahmen. Sendet der Besteller nicht den Betrag für den Rahmen ein, so hört er von dem liebenswürdigen Schreiber nichts mehr, sieht aber auch das mitgegebene kleine Bild, vielleicht das letzte seines Angehörigen, nie wieder; wird jedoch der geforderte Betrag eingeschickt, so wird dem Auftraggeber ein 3 fach zu theuer bezahlter Rahmen mit einem Schundbild untrantant übermietet. Dieser Art Werkstätten ist es nicht um die Bestellung eines Bildes, sondern nur um die Absetzung eines ordinären Rahmens für hohen Preis zu thun, und weil das Eine nicht ohne das Andere zu erreichen ist, wird der Eric mit dem Bilde dazu gemacht. Die Zeitungen, ja sogar die Polizei haben mehrfach das Publikum gewarnt, auf solche Anwerbungen hineinzufallen. Die Innung der Photographen zu Lübeck giebt deshalb bekannt, daß solche Art Arbeiten an Bildern, wie oben gesagt, jede photographische Anstalt hier zu denselben Bedingungen liefern kann, daß aber andererseits gute haltbare und ähnliche vergrößerte Bilder nur einen entsprechenden Preis haben.

Die Innung der Photographen zu Lübeck.

Zentral-Verband der Zivilmusiker Deutschl.
Einladung zum
I. Abonnements-Konzert
mit nachfolgendem Ball
am **Donnerstag den 15. Oktober 1903**
im **Vereinshaus, Johannisstraße Nr. 50—52.**
Anfang 8 Uhr.
Abonnementskarten für Familie Mk. 2.—, für einzelne Personen Mk. 1.50.
Nichtabonnenten Mk. 0.50. Einzelne Damen 20 Fig., wofür Garderobe.
Unterschriftsbogen liegt an der Kasse aus. — Um gütige Theilnahme bittet
Die Ortsverwaltung.

Pfand-Auktion.
Am 19. und 20. Oktober verkaufe ich im
"Weißen Hof", Marlesgrube 15,
die nicht eingelösten Pfänder
wozu Kaufliebhaber einladet.
L. S. Baruch, Pfandleiher.
NB. Gold und Silber am 2. Tage. Prolongation wird nur bis zum 11. Oktober angenommen.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. H. A.:
Lederhosen . . . 1.80—6.45
Wamserhosen . . . 2.60—6.75
Schleifenhosen . . . 1.88—5.25
Neberziehhosen . . . 0.88—2.35
Jasack-Hosen . . . 1.38—3.25
leimene Jansen, hünne und gerade, 1.25
Sajen, Genden, Schleifenhosen, Fetzenjansen,
Kaler-Mantel ebenfalls billig.
Stücker von 30 Fig bis 1.88 Mk.

Die guten
Sommerreifen Halb- u. Gniekiefel
aus **Kern-Rindleder**
mit reiner Eisenloche-Gerbung, beste Handarbeit, in großer Auswahl sehr
billig vorrätig.
Nur 38 Marlesgr. 38
Bitte genau auf Handnummer zu achten.

Empfehle meinen
Rasir-, Frisir- und Haarschneide-Salon.
Gustav Sulzer, Friedenstr. 50.
Schwedisches Brennholz
ausgelesen
Th. Kruse
Ferdinandstr. 1288. Hainstraße 60.
Feinste Meiereibutter Pf. 1.40 Mk.
Gute Meiereibutter Pf. 1.20 Mk.
J. Köttcher, Friedenstraße 66.

Fetten und mageren Speck
der Pf. 70 Fig.
Edelweisschmalz 60 Fig., gr. Edelweisschmalz 65 Fig.,
gehobte Schmalz 70 Fig., Schmalz 70 Fig.,
beim Schmalz 70 Fig., Schmalz 70 Fig.,
30 Fig., Schmalz 30 Fig., Schmalz 30 Fig.,
Jeden Samstag 6 Uhr vor dem Schmalz.
L. Labrtz, Büldstraße
Friedenstr. 1291.

J. Glück
Reiferstraße.
Empfehle meine neu eingetroffenen
Herb- u. Winter-Unterzeuge.
Herren-Normalhemden
von 75 Fig. bis 5.35 Mk.
Herren-Normalhosen
von 70 Fig. bis 4.50 Mk.
Herren-Jagdwesten
von 1.50 bis 7.80 Mk.
Farbige Sweaters
von 75 Fig. bis 4.80 Mk.
Damen-Normalhemden
von 55 Fig. bis 2.30 Mk.
Damen-Beinkleider
von 75 Fig. bis 2.35 Mk.
Wellene Damenunterröcke
von 90 Fig. bis 5.50 Mk.
Wollene Damenwesten
von 1.25 bis 4.50 Mk.
Knaben-Normalunterhosen
von 25 Fig. bis 2.05 Mk.

H. Schultz
Uhren u. Goldwaren
ob. **Johannisstr. 11.**
Eigene Werkstatt
Jedern einsehen 1.50 Mk.
Uhrgläser . . . 30 Fig.
Sorgfältige Auswahl Regulatoren
und Freischwinger.
Goldene Trauringe, geistlich gepesselt.
Kathenwerer Brillen und Einzeng.

Freitag den 9. Oktober
unwiderruflich letzter Wagon
Zwetschen
in bekannter Güte in Parthien
Pfund 12 Pfennig
gleichzeitig ein Wagon
feinsten böhmischer
Zafeläpfel
zu äußerst billigen Preisen.
Spethmann & Fischer
Bedergrube 59.

Grosse Auktion

Freitag den 9. Oktober 1903
Nachmittags 2 1/2 Uhr
14 Hundestraße 14
über: 2 Bettstellen mit Springfederbetten,
1 Regulator, Spiegel, Lische, Stühle, 1 Kommode,
1 schottische Karre und sonstige Mobilien,
emailirte Kochtopfe, Pfannen, Schüssel und
Kessel, Herrenstoffsche, Briefpapiere in Karton,
Portemonnaies, Puppen, Laffen, Glas- und
Porzellan, Scheeren und Taschnmesser, Schuh-
waren, Bärchen, 2 neue 3 flammige Petroleum-
maschinen, Postkarten, Brochen und Kämme,
Mantische, Handharmonikas, Bücher, Kleider-
stoffe und Flanell, Theelöffel, Sorten und Zuck-
löffel u. v. n. Gen. m. Weitere Zuforderungen
werden erbeten: **Hundestraße 14.**
J. C. B. Schmehl
Auctionator und Taxator

Achtung!
Die vor ca. 4 Wochen bei Frau **Ww. Solt-**
mann, Gr. Burgstr. 33, 1. Etg. wohnhaften
Reisenden **Zierow** und **Diétrichsen**, welche
hier und in der Umgegend Aufträge von Ver-
größerungen nach kleinen Photographien
entgegengenommen, sich anzuhäufte ließen und bis
jetzt noch kein Bild geschickt haben, sind nicht, wie
vielfach von den Bestellern angenommen wird,
Reisende für mein photographisches Atelier, son-
dern für ein Berliner Institut.
H. Hahn
photographisches Atelier
Gr. Burgstr. 33, II.

Henkels
Bleich-Soda

Sterbekasse „Fidelitas“
(für Männer und Frauen).
Ordentliche
General-Versammlung
am **Montag d. 12. Oktober**
Abends 9 Uhr
in den **Centralhallen (W. Borgwardt).**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung. 2. Bericht des Vorstand.
Der Vorstand.

Achtung!
Pastadearbeiter!
Mitglieder-
Versammlung
am **Freitag den 9. Oktober**
Abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52**
Tagesordnung wird in der Versammlung be-
taut gemacht.
Der Vorstand.

Circus Variété.
Der gegenwärtige
prachtvolle Spielplan
erregt jeden Abend
fürmischen Beifall.
Anfang 8 Uhr.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etage.
Diese Woche angeheilt:
Linderhof und Berg.
III. Abth. der bayerischen Königsschlösser.
Jeden Tag v. 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abds. geöffnet.
Entree 30 Fig., Kinder 20 Fig., 5 Reisen 1 Mk.

Stadttheater
7 Uhr. Freitag den 9. Okt. Ende präg. 10.40 Uhr.
14. Vorst. 2. Freitag-Ab.
Lohengrin.
Abfahrt des Theaterzuges 11 Uhr.
7 1/2 Uhr. Sonntag den 10. Okt. 7 1/2 Uhr.
15. Vorst. 3. Volls- u. Schüler-Vorst.
Das Glöckchen d. Eremiten.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Lokal- und Anzeigenblätter, sowie der mit J. S. geschickten Artikel und Notizen **Otto Friedrich.**
Verantwortlicher Redakteur für die Lokal- und Anzeigenblätter, sowie die mit J. S. geschickten Artikel und Notizen **Johannes Stellung.** — Bergr. Theodor Schwarz
Druck von **Friedr. Meyer & Co.** — Schmiedstraße 54.

Die rathlose Wissenschaft.

„Ein Heilmittel gegen die Krisen giebt es nicht.“ Mit diesen Worten schloß Sombart sein Referat auf der diesjährigen Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik über die Ursachen und den Verlauf der deutschen Wirtschaftskrise, und aus den Reden der meisten Diskussionsbeteiligten löste sich das Wort in verschiedenen Variationen wieder, je nach dem Temperament und der Anschauung der einzelnen Redner verstärkt oder abgeschwächt.

Was da auf den Kongressen des Vereins für Sozialpolitik zusammenkommt, ist der Extrakt der deutschen Wissenschaft, alle die Professoren der Universitäten, die leuchtenden Größen der theoretischen Betrachtung unserer Wirtschaftsordnung finden sich da zusammen, daneben auch Vertreter der praktischen Betätigung. Es sind die Spitzen der bürgerlichen Gesellschaft im besten Sinne des Wortes, die sich da zu verständigen versuchten über die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise. Der Gipfelpunkt ihrer Diskussion war das Wort Sombarts von der Unmöglichkeit, die Krisen zu verhindern, das der bedächtiger Philippovich dahin zu mildern suchte, daß man weiter nach den Ursachen forschen müsse, und dann werde es wohl auch möglich sein, die Krisen zu beseitigen.

Die Krise und die Arbeitslosigkeit, das sind die beiden Probleme, bei deren Lösung die bürgerliche Wissenschaft zeigen mußte, daß die bürgerliche Gesellschaft lebensfähig ist. Die Krise und die Arbeitslosigkeit, das sind die beiden Krankheiten unseres Gesellschaftsorganismus, die am deutlichsten seine Unhaltbarkeit zeigen. Bei der Arbeitslosigkeit hat die bürgerliche Wissenschaft schon längst erklärt, daß nichts zu machen sei, denn die Arbeitslosenversicherung ist doch kein Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit, sondern nur ein Surrogat für ein solches. Und jetzt kommt das Problem der Krise. Die Professoren studieren es nicht aus rothen Berichten, nicht aus Büchern und Nachrichten, sondern an einem Beispiel, das sie selbst mit erlebt haben, und wieder müssen sie erklären, daß die bürgerliche Wissenschaft nicht weiß, wie dagegen abzuwehren ist. Wie bei manchen Krankheiten die Ärzte zwar ihren Verlauf konstatieren, aber kein Mittel zu ihrer Heilung wissen, sondern den Verlauf der Krankheit nur mildern können, so auch die Doktoren am Körper unserer Gesellschaftsordnung. Rathlos stehen sie da und achselzuckend erklären sie, daß ihre Wissenschaft an ihre Grenzen gelangt sei.

Also soll es wirklich wahr sein, daß wir die Krisen willenlos über uns ergehen lassen müssen, daß auf jeden Aufschwung der Niedergang unaufhaltsam folgen müsse? Soll es wirklich wahr sein, daß all das Elend, welches die Krise im Gefolge hat, auch weiter bestehen bleiben müsse? Zunahme der Frauenarbeit, erhöhte Forderungen der Armenpflege, Steigerung der Bestrafung wegen Bettel, Zunahme der Kriminalität bezeichnete Dr. Jastrow als die Folgen der Krise. Das Maß des Elends, das an diesen Erscheinungen hängt, ist gar nicht auszumessen. Und das soll immer so bleiben?

Die Arbeiterschaft, der weitaus größte Theil der Bevölkerung in den Industrieländern, soll diesen Vollenbruch von Elend, den jede Krise mit sich bringt, geduldig und ruhig über sich ergehen lassen, weil sich die bürgerliche Welt gegen die Schäden der Gesellschaftsordnung, von der sie allein einen Nutzen hat, nicht schützen kann? In dieser Sache hat die Wissenschaft nicht das letzte Wort. Dadurch, daß sie sagt, wir wissen nichts, streift sie die Waffen. Aber diese Waffen werden aufgenommen von der Arbeiterschaft und ihrer Führerin, der Sozialdemokratie. Dort, wo die Wissenschaft der Bourgeoisie ihre Grenze findet, ebendort fängt die der Sozialdemokratie an. Wenn die bürgerliche Welt die Krisen ruhig ertragen muß, weil sie sich vor

ihnen nicht retten kann und weil sie sich in den Zeiten des Aufschwunges wieder bezahlt macht, so wird die Arbeiterschaft diesen Zustand nicht ruhig ertragen.

Doch es in der bürgerlichen Welt kein Heilmittel gegen die Krisen giebt, das hat die Sozialdemokratie schon lange gesagt, bevor die bürgerliche Wissenschaft dies erkannte hat. Sie hat aber auch gleichzeitig ausgesprochen, daß, wenn es auch kein Heilmittel gegen die Krisen giebt, es doch ein Mittel giebt, die Krisen zu beseitigen, das ist die Beseitigung der Gesellschaftsordnung, die die Krisen hervorruft.

Dieses Mittel kann freilich nicht die Bourgeoisie und auch nicht ihre Vertreterin, die bürgerliche Wissenschaft empfehlen, sondern nur die Arbeiterklasse selbst.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Holzflößer des Warthe- und Neße-Distriktes sind in einen Streik getreten. Ein den Unternehmern unterbreiteter Lohnantrag wurde abgelehnt, worauf am 2. Oktober ein Streik beschlossen wurde. Da die Konjunktur äußerst günstig und der Geist unter den Streikenden ein vorzüglicher ist, so ist der Sieg der Flößer ganz wahrscheinlich. Der Vorsitzende des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands, J. Döring, hat sich in das Streitgebiet gegeben. Die Flößer sind mit wenigen Ausnahmen organisiert. — In Fürstenaalde sind 113 Typsetzer in den Streik eingetreten, nachdem alle Versuche gescheitert sind, auf gütliche Weise einen Lohnantrag abzuschließen. — Die Fabrik- und Modellistiker in Hannover haben beschlossen, mit den Drechsler- und Rifenmachern zusammen zur Erhöhung ihrer Löhne Schritte zu thun; die Aufstellung der Forderungen soll in einer demnächst stattfindenden Versammlung geschehen. Auch die Fensterputzer in Hannover haben ihren Arbeitgebern die Forderung von 21 Mk. Wochenlohn und sonstigen Arbeitsbedingungen überreicht und verlangen bis zum 16. d. M. Antwort.

Die abgeblichste Polizei. Freigesprochen wurden vom Landgericht in Halle a. S. die neun Delegierten des dortigen Gewerkschaftskartells, welche wegen nicht sofortiger Entfernung aus einer aufgelösten Sitzung des Gewerkschaftskartells mit je 15 Mark Strafe belegt worden waren.

Anderer als der Würdiger Prinz von Arenberg wird ein sozialdemokratischer „Wähler“ im Gefängnis behandelt. Unserem Genossen Arbeitersekretär Limberg in Sferlohn, der seit vierzehn Tagen die Gefängnisstrafen, die ihm in Dienste der gewerkschaftlichen Organisation zu billigt wurden, verbüßt, ist die von ihm beantragte Selbstbeschäftigung abgeschlagen worden. — So muß denn Genosse Limberg, anstatt sich geistig zu betätigen, Haarnadeln einrollen u. s. w. Limberg ist ja auch nur ein Arbeiterführer, ein „Führer“ und „Wähler“.

Ein ganzes Bündel Streikprozesse. Aus Hirschberg (Schles.) wird berichtet: Der letzte Maurerkrieg hat zu zahlreichen Strafprozessen Veranlassung gegeben. Zunächst wurden eine Anzahl Maurer wegen Streikpostens freigesprochen. Am Freitag erhielt ein Streikender vom Schöffengericht 20 Mk. Geldstrafe zubilligt, weil er einen Arbeitswilligen Streikbrecher genannt hatte. Sonntags wurde ein 19jähriger Maurer, der einem Maurerlehrling mit Prügeln drohte, wenn dieser zur Arbeit ginge, von der Strafkammer wegen versuchter Nötigung zu zwei Wochen Gefängnis verurtheilt. Ein Arbeiter, der zu dem Behring geäußert hatte, er sei ein feiger Kerl, wenn er aus Furcht vor dem Meister nicht an dem Streik theilnehme, wurde wegen Beleidigung mit 20 Mk. Geldstrafe bestraft. Einige Prozesse schweben noch.

Waffentragende Arbeitswillige. In Düsseldorf befinden sich seit mehr als sieben Wochen die Tischler der Firma E. Junke im Streik. Daß eine Anzahl Polizeiorane in Uniform und Zivil in der Nähe der vom Streik betroffene

nen Arbeitsstätte sich aufhalten, ist weiter nicht auffällig. Recht interessant ist aber folgender Fall: Ein Arbeitswilliger, von einem Kollegen erfaßt, von seinem nichtswürdigen Strohmann die Schusswaffe gegen den Streikenden zu richten. Auf Befragen erklärte ein Polizeibeamter, daß die Arbeitswilligen zum Waffentragen berechtigt seien, weil sie sämtlich Waffenscheine besitzen. Wenn es bis jetzt zu Krawallen nicht gekommen ist, so ist dies der Ruhe und Besonnenheit der Streikenden zu danken.

Stellung zum Parteitage nahmen am Sonnabend die Parteigenossen des Kreises Straßburg-Land. Der Delegierte zum Parteitag, Genosse Weil, erstattete Bericht. Nach eingehender Debatte wurde fast einstimmig eine Resolution angenommen, in der die fast einstimmige Annahme der Resolution Bebel-Rantky-Singer begrüßt, die viele kostbare Zeit aber, die mit persönlichen Streitereien hingebracht wurde, bedauert wird. „Sollten jedoch die auf dem Parteitag stattgehabten persönlichen Debatten einen Reinigungsprozeß zur Folge haben, der für eine günstige Parteitagsentwicklung unentbehrlich wäre, so hält die Parteiverammlung die auf dem Parteitag für andere Arbeiten verloren gegangene Zeit für nicht zu teuer erkaufte.“ — In Karlsruhe polemisierte Genosse Kolb heftig gegen Bebel und Mehring. In der Diskussion wurde das Verhalten Kolbs auf dem Parteitage mehrfach auf das schärfste getadelt, und es kam zu stürmischen Ausbrüchen. Schließlich wurde ein Vertagungsantrag angenommen. Hierauf erklärte Kolb: in der nächsten Versammlung werde ich nicht erscheinen. — Eine Parteiverammlung des 22. sächsischen Wahlkreises, die Sonntag in Rhlant stattfand, nahm einstimmig eine Resolution an, deren wichtigster Inhalt ist: „Die Versammlung nimmt mit tiefer Entrüstung von den nach dem Parteitag sich fortsetzenden häßlichen Zeitungspolemiken und Enthüllungen über einzelne hervorragende Führer in der Partei Kenntnis, insofern deren bisheriger sogar ein Abgeordneter sein Reichstagsmandat glaubte freiwillig niederlegen zu sollen. Die Generalversammlung erklärt sich davon befriedigt, daß der Parteivorstand einmütig beschlossen hat, das für das Ansehen der sozialdemokratischen Partei im höchsten Grade schädigende Gebahren einzelner Genossen in Hinsicht der Mitarbeit an gegnerischen Zeitungen bis zum Ende zu verfolgen und das Resultat dann den Parteigenossen im Kreise zur Prüfung und Abgabe des Urtheils zu unterbreiten. Die Wahrung des Parteischildes hält die Generalversammlung des 22. Reichstagswahlkreises für eine Ehrenpflicht jedes Parteigenossen. Die bisherige alte Taktik, die auf dem Klassenkampfstandpunkt aufbaut ist, soll auch ferner in der Partei Geltung behalten.“ In Bezug auf die von Dr. Heinrich Braun herausgegebene sozialdemokratische Wochenchrift „Die Neue Gesellschaft“ wurde folgende Resolution mit großer Majorität angenommen: „Die heutige Versammlung verurtheilt die fortwährenden Neugründungen von wissenschaftlichen Zeitschriften innerhalb der sozialistischen Partei, wie jetzt wieder eine solche von Seiten des Genossen Dr. Heinrich Braun ins Leben gerufen worden ist und glaubt vielmehr, daß die Parteigenossen in dem Parteiuuternehmen „Die Neue Zeit“ genügend Lektüre finden, sich wissenschaftlich bilden zu können.“

Maximilian Harden verweist in einer neuerlichen Erklärung im „Bor.“ Bernhard, Braun, Göhre und Heine auf den Rechtsweg, um durch Gerichtsverfahren und die Eidespflicht der Zeugen diejenigen seiner Äußerungen als wahr zu erweisen, die er nicht verbrieft hat. Insbesondere fordert Harden eine öffentliche Aufklärung, ob und unter welcher Bedingung er seine Äußerungen gemacht hat, ob er sich unter seinem Eide als Zeugen vernehmen zu lassen. Ich werde die Vernehmung zweier oder dreier Zeugen beantragen und verzichte hiermit, um Herrn Heine den Weg bequemer zu machen, auf das Rechtsmittel ber

Der Bedlar.

Roman aus dem amerikanischen Leben von Otto Kuppins.

40. Fortsetzung.

„Well, Sir,“ begann Morton, wie sich ermannend von Neuem, „während dieser acht Tage war die Coroners-Untersuchung beendet worden und ich hatte, durch mein eigenes Unglück wie vor den Kopf geschlagen, kaum darauf geachtet, so nahe ihr Ergebnis mir auch liegen mochte. Erst nach der Abreise meines unglücklichen Mädchens machte mich Mrs. Morton auf den Verdacht, der auf Sie, Mr. Helmstedt, gefallen war, und auf die Pflicht aufmerksam, hier in irgend einer Weise einzugreifen. Ich sah ein, daß sie recht hatte, ich begriff, daß Sie nicht für eine fremde That leiden durften — aber was sollte ich thun, wenn ich nicht die Schande meines Kindes in die Öffentlichkeit bringen, eine Kriminaluntersuchung über sie verhängen lassen und meine häuslichen Verhältnisse den Jungen des ganzen Staates preisgeben wollte? Mir erschien es anfangs als das Einfachste, der Sache ihren Lauf zu lassen, da Ihre Anschuldigung sicher schnell genug ans Tageslicht kommen würde; als aber eine Bekanntschaft der sonderbarsten Umstände gegen Sie zeugte, als meine Frau jeden Tag unruhiger wurde, als sogar mehrere Bekannte vom Gericht, die bei mir einsprachen, Ihrer Sache den schlechtesten Ausgang prophezeiten, da sah ich, daß gehandelt werden mußte. Nach mancherlei trüben und vergeblichen Beratungen entschloß sich endlich meine kleine bewundernswürdige Frau, als sie den Kampf in mir bemerkte, meinem väterlichen Gefühl ein Opfer zu bringen, das wohl wenige Frauen gebracht hätten — sich der Bedeutung des ganzen Complots bloß zu stellen, und ehe ich mir noch meine Zustimmung gegeben, gegen die sich Alles in mir sträubte, hatte sie ihren Plan schon halb ausgeführt. Sie wissen, Sir, welche Anerbietungen sie Ihnen gemacht — Sie wiesen sie trotz Ihrer Gefahr zurück und die

sem Augenblicke an lernte ich Sie mit meiner ganzen Seele schätzen. Sie wissen auch, was Sie meiner Frau über Ihr Verhältnis zu Ellen Elliot vertrauten — was Sie dabei nicht mit klaren Worten aussprachen, das ließ sich errathen — und hier bot sich uns ein neuer Weg zu Ihrer Rechtsfertigung. Mrs. Morton wußte durch einen schriftlichen Herzerguß von Ellen, wo sich deren Familie befand — sie theilte jetzt dem Mädchen den ganzen Stand Ihrer Angelegenheiten, so wie Ihre Weigerung, eine Aussage über Ihren Aufenthalt während der Nordnacht zu machen, mit, und wir hatten uns in dem Rinde nicht getäuscht — sie kam hier an, gerade noch zur rechten Zeit, hatte ihre Mutter nur mit wenigen zurückgelassenen Zeilen über ihre Abwesenheit beruhigt und tapfer entschlossen den weiten Weg allein zurückgelegt. — Bei alledem wußte ich, daß ich Ihr Schicksal nicht an diesen einzigen Auler hängen durfte, ich kannte die Stimmung der Bevölkerung, die durch die unverzeihlichen Beschuldigungen und Spekulationen der Zeitungen gegen das harmlose Mädchen erregt worden war — der heutige Tag war der entscheidende, und so machte ich mich fertig, auf jeden Fall für Sie einzustehen — Zeit und Ueberlegung hatten mir gezeigt, welcher Weg der einzig ehrenhafte war, und ich würde, als ich die Untersuchung sich zu Ihrem Nachtheile wenden sah, auch ohne Isaacs Dazwischentritt mit der Wahrheit herausgekommen sein — der Beweis dafür liegt darin, daß ich die blutbesten Briefe, welche meine unglückliche Tochter dem Gewordenen entwendet, mit mir genommen hatte, um meine Angaben dadurch zu begründen. Isaacs Erzählung half dann freilich, Ihnen bei meiner Mittheilung an den Staatsanwalt erst die rechte Beweisstärke zu geben. — Da haben Sie meine ganze Geschichte, Sir, das Gericht wird mit meinem armen Rinde jetzt wenig mehr zu thun haben — Ihr Schicksal, Sir, aber hat sich durch meine Schwäche in einer Weise gestaltet, daß Sie mir zu meiner eigenen Beruhigung gestatten müssen, Alles, was in meiner Kraft steht, anzuwenden, um den angerichteten Schaden wieder

auszugleichen — wie und auf welche Weise darf ich freilich nicht bestimmen, aber hoffentlich wird sich, wenn Sie mir vergeben wollen, in unserer gemeinsamen Berathung ein Weg dazu finden.“ Er wandte den Kopf nach dem jungen Manne und hielt ihm die Hand hin. Helmstedt legte die seine Hand hinein. „Sprechen Sie nicht von vergeben, Mr. Morton“, sagte er, „wer weiß, wozu Alles für mich gut ist, was geschehen und warum es so hat kommen müssen; das größte Unglück, das ich in Amerika erlebte, diente nur dazu, um mich für das hiesige Leben brauchbar zu machen — und jetzt, wo mir schon Hilfe angeboten wird, ehe ich nur weiß, ob oder was ich verloren habe, darf ich kaum von Unglück reden.“

„Well, Sir, ich danke Ihnen“, erwiderte Morton, der den Kopf hob, als habe er ein gesüßtes, unangenehmes Geschäft vollendet, „aber mit den bloßen Redensarten fangen wir die Katze nicht. Ich würde sagen: Lassen Sie uns warten bis morgen früh und dann in Ruhe überlegen, wenn unser Nachbar Elliot nicht ein Mann wäre, der wenig Zeit verstreichen läßt, bis er einen gefasteten Entschluß zur Ausführung bringt. Was geschehen soll, muß heute Abend beschlossen werden, morgen im Laufe des Vormittags ist der Mann mit seiner Tochter vielleicht nach irgend einem Theile der Welt unterwegs und dann, sehe ich recht wohl, wäre Alles, was außerdem gethan werden könnte, so gut wie nichts!“

„Ich glaube kaum, daß Ellen, wie ich sie kenne, jetzt ihrem Vater so ruhig folgen wird, als das erste Mal“, warf Pauline ein, mit einem halben Blide zu ihrem Manne aufsehend.

„Was kann sie aber thun?“ erwiderte Morton; „hier unser junger Freund will sie nicht eher haben, bis er nicht eine Zukunft hat und sie vor Entbehrungen schützen kann, wie er sagt, und es liegt ein Verstand darin, den ich vielen unserer amerikanischen jungen Leute wünschte — und wir können doch nicht, wenn wir sie auch in unser Haus auf-

Widerlage. Das Verfahren wird dann ergeben, ob die Mittheilungen, die wir ausgetauscht haben, als intim zu bezeichnen sind." Heinrich Braun gegenüber, der die Bezeichnung der Zusammenkunft mit Harden als "Kriegsrath" bemängelt hatte, erklärt Harden: "Bei dieser Zusammenkunft, die Stundenlang währte, hat er mir sein gesamtes "Material" gegen Herrn Dr. Mehrling vorgelegt und mir die seitdem berühmte Soupergeschichte erzählt; Stundenlang wurde ausschließlich die Frage erörtert, wie man am wirksamsten gegen Herrn Mehrling vorgehen könne: vor, auf oder nach dem Parteitag, durch Privatklage, Rede oder Broschüre; nur zu dem Zweck, dieser Frage gemeinsam mit ihnen die Antwort zu suchen, war ich von Herrn und Frau Braun in ihre Wohnung gebeten worden. Und für eine Zusammenkunft, deren einziger Zweck ist, die gegen einen Feind zu wählende strategische Taktik zu erörtern, weiß ich keine passendere Bezeichnung als "Kriegsrath". Endlich berichtet Harden gegen Mehrling. Er will aus zwei Briefen Mehrlings vom 19. und 20. September 1892 beweisen, daß Mehrling damals noch zur Mitarbeiterschaft an der "Zukunft" bereit gewesen sei. Es sind die beiden Briefe, die Bernhard bereits auf dem Parteitag verlesen hat und die schon in der Hardenbroschüre aufgeführt worden sind. Endlich zitiert Harden den Anfang einer Postkarte vom 14. Oktober 1892, auf der Mehrling Harden einen Artikel über die Krisis in der "Freien Volksbühne" anbietet.

Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokraten fand letzten Sonntag in Olten statt. 236 Delegierte aus allen Theilen des Landes hatten sich dazu eingefunden; unter den zahlreichen Gästen befanden sich auch die sozialdemokratischen Regierungsräthe Ernst Bürgli und Wulfschläger-Basel. Den Bericht über die Thätigkeit der siebenköpfigen sozialdemokratischen Fraktion im Nationalrath während der drei Sessionen im Dezember, März und Juni erstattete Greulich. Er schilderte insbesondere den schwierigen Stand, welchen die Fraktion gegenüber der bürgerlichen Mehrheit hat. In der langen, lebhaften Debatte wurde die Thätigkeit der Fraktion im Allgemeinen anerkannt, dagegen fand ihre Haltung in der Kanonenfrage recht kritische Beurtheilung. Greulich erklärte in seinem Schlusswort, die gesammelten Anregungen beherzigen zu wollen. Wünschenswerth sei es aber, daß die Fraktion recht bald durch neue tüchtige Kräfte, namentlich einige Drangänger, verstärkt und verschärft werde. Schließlich wurde beschlossen, die Fraktion zu verpflichten, in Zukunft vier Wochen vor dem Parteitag den Thätigkeitsbericht in der Parteipresse zu veröffentlichen. Der von der bestellten Programmkommission ausgearbeitete Entwurf für den praktischen Teil des Parteiprogramms wurde an die Kommission mit dem Auftrag zurückgewiesen, auch einen theoretisch-grundrisslichen Theil auszuarbeiten und dann einen ganzen Entwurf vorzulegen. Ueber die Stellung der Partei zum Militarismus referierten Artilleriemajor Müller-Dera (deutsch) und Kapin-Laujanne (französisch), und beide legten als die Quintessenz ihrer Referate eine Reihe von Thezen vor. Nach gründlicher Diskussion kam folgende einstimmig angenommene Resolution zu Stande: "Die sozialdemokratische Partei kämpft für eine Gesellschaftsordnung, die, wie sie die Klassenverhältnisse innerhalb eines Volkes aufweist, auch die Ursachen der feindlichen Beziehungen zu den Völkern beseitigt; sie erklärt sich daher als Anhängerin des internationalen Friedens, der internationalen Schiedsgerichte, der allgemeinen Abrüstung und als Gegnerin des Militarismus, solange diese Grundzüge nicht verwirklicht sind. Unter dem Zwange des gegenwärtigen Zustandes anerkennt die sozialdemokratische Partei die Notwendigkeit der Organisation der Wehrkraft des Landes. Dieselbe soll beruhen auf dem Wehrsystem und auf einer Wehrverfassung, in welcher die Rechte und Pflichten des Staates und der Bürger genau festgesetzt werden. Daraus ergeben sich für die sozialdemokratische Partei folgende Forderungen: 1. Das eidgenössische Militärbudget darf jährlich in Friedenszeiten das Maximum von 20000000 Franken nicht übersteigen. 2. Sobald die außerordentlichen Auslagen für das Militärwesen für ein Jahr den Betrag einer Million Franken übersteigen, unterliegt die Bewilligung derselben der Volksabstimmung. Diese beiden Vorschläge sind sofort auf dem Wege der Volksinitiative anzubringen. 3. Die Ausbildung, Ausübung und Organisation des Heeres sind unter Berücksichtigung des geschlechtlichen Unterschiedes der Wehrpflichtigen nach folgenden Grundsätzen: Befreiung der Wehrpflicht auf das für den Ersatzfall Notwendige, Verkürzung der gesamten Dienstzeit, aber Konzentration derselben auf die ersten Jahre der Dienstpflicht, Verringerung und Abschaffung durch den Bund einzig nach den Anforderungen des Heeres, gleichmäßige Ernährung der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, Abschaffung der Wehrpflicht in Friedenszeiten, Entziehen des Staates bei Notwendigkeit für die demnächstigen Folgen des Militar-

dienstes, Demokratisierung des gesamten Heereswesens, aber mit kundiger Belegung der obersten Heeresleitung und der höchsten Kommandostellen (Generalstabsdienst und Divisionskommandos Lebensberuf), Kampf gegen den Mißbrauch der in der militärischen Hierarchie jedem einzelnen Vorgesetzten verliehenen Gewalt, die thatsächlichen und moralischen Mißhandlungen der Soldaten, die Paradepielereien in der Ausbildung und Bekleidung, alle die Auswüchse, die in dem Begriff Militarismus zusammengefaßt werden. Die Verwendung des Militärs zum Polizeidienste bei Streiks und Aussperrungen ist unzulässig." Bezüglich der drei am 25. Oktober zur Volksabstimmung gelangenden eidgenössischen Referendumsvorlagen: Konstruktionsgesetz, reaktionäre Wahlinitiative und Einschränkung des Kleinhandels mit alkoholischen Getränken, wurde Bescheid besprochen. Von den welschen Delegierten wurde ferner die Milleranfrage aufgerollt. Der Parteitag entschied aber mit großer Mehrheit, daß sozialdemokratische Parteivertreter auch künftig in eidgenössischen kantonalen und kommunalen Exekutivbehörden und Regierungen sitzen und wirken dürfen. Nachdem noch von den Kriegsplänen der Brauereibesitzer gegen die Brauereiarbeiter Kenntniß genommen und letztere der Sympathie der Partei versichert waren, wurde der Parteitag Abends 6 1/2 Uhr geschlossen.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein häßlicher Demuzianenstreich brachte den 28-jährigen Arbeiter Emil Hoffmann von Dölan wegen Majestätsbeleidigung auf die Anklagebank in Halle a. S. Der Angeklagte sollte im vorigen Jahre, im April dieses Jahres und im September gelegentlich des Kaiserbesuches seinen Wirthsleuten, dem Hildebrandtschen Ehepaar gegenüber, schwer beleidigende Äußerungen in Beziehung auf den Kaiser gethan haben. Die Strafkammer, die sich mit der Sache beschäftigte, schloß wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung die Öffentlichkeit aus. Der Angeklagte erklärte sich für nicht schuldig mit dem Hinweis, er habe jene Äußerungen nicht gethan; die Hildebrandtschen Eheleute, die in ganz Dölan in keinem guten Ruf ständen, hätten ihn aus Rache denunziert. Er habe in Beziehung auf den Kaiser keine Andeutung gemacht, die auf eine Gewaltthätigkeit gerichtet gewesen wäre. Er, Angeklagter, sei Familienvater und habe als solcher 14 Tage inhaftig in Haft gesessen; er werde gegen Hildebrandts ein Weineidsverfahren beantragen. Durch die umfangreiche Beweisaufnahme wurde das Hildebrandtsche Ehepaar und besonders die Frau Hebamme Hildebrandt in kein gutes Licht gebracht. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten die ererbte Strafe von drei Jahren Gefängniß. Das Gericht sprach den Angeklagten aber mit der Begründung, den Hildebrandtschen Eheleuten habe kein Glaube beigelegt werden können, frei. Welche Qual mag der Angeklagte vor der Urtheilverkündung ausgestanden haben?

Unschuldig verurtheilt. Der Adergutsbesitzer Klewitz aus Stendal war im vorigen Jahr wegen Sittlichkeitsverbrechen auf Grund von Kinderanzeigen zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Auf Betreiben des Justizraths Sellw wurde das Wiederannahmeverfahren eingeleitet und die Entlassung des Klewitz am 1. Oktober dieses Jahres verfügt, da die betreffenden Mädchen eingestanden, aus Furcht im Prozesse unwahre Angaben gemacht zu haben.

Als besserer Kreißen. Die Gattin des bekannten Romanchriftstellers Georg Freiherr v. Dumpteda in Dresden hat aus Liebe zu einem Rittmeister der Garde ihren Gemahl verlassen und ist mit ihrem Geliebten verschwunden. Es ist Ehegerichtsfrage eingereicht worden. Die Klüßliche, eine geborene Notwid, ist sehr reich. Sie hat sich nach dem Vorbilde der schicksalichen Kronprinzessin nach der Schweiz gewandt. Ihr Mann, der außerordentlich fleißig schriftstellerisch und wenig ausgeht, soll ihr nicht genug Lebenswage gewesen sein. Sie hinterläßt in Dresden zwei Kinder im Alter von 6 und 10 Jahren.

Ein Nachspiel zu den Reichstagswahlen gab es Montag vor dem Schwurgericht in Eisen. Am Tage der Reichstagswahl entstand in Selsenkirchen ein großer Straßenaufruhr, bei welchem Streikwürger gegen Polizeibeamte sowie auch Revolverthiere vorkamen. Es handelte sich hauptsächlich um die Befreiung eines Unbekannten, der eine Falsche gegen die Beamten geschleudert hatte. Verlegt wurde aber niemand. In der Schwurgerichtssitzung am Montag wurde die Falsche gegen drei junge Bergleute, Dollmann, Lürk und Dollmann, verhandelt; ersterer erhielt ein Jahr Gefängniß, Lürk 2 Monate Gefängniß und Dollmann wurde freigesprochen. Die Sache, die sich nicht so schlimm herausstellte — ursprünglich war Landfriedensbruch angenommen

worden — erhielt dadurch ein besonderes Interesse, da der Staatsanwalt anfragte zu welcher politischen Partei die Angeklagten gehörten. Der Verteidiger wies diese Anfragung als ungesetzlich zurück. Durch Gerichtsbeschluss wurde die Fragestellung aber dennoch zugelassen, den Angeklagten jedoch anheim gegeben, sie zu beantworten oder nicht. Dolmann erklärte hierauf, er gehöre der Zentrums Partei, Lürk der der nationalliberalen Partei an, während Dollmann die Beantwortung der Frage ablehnte.

Ein eigenartiger Streik ist am Freitag vorige Woche in Landau in der Pfalz zum Ausbruch gekommen. Die Metzgermeister haben ihre Thätigkeit eingestellt und wollen dieselbe nicht eher wieder aufnehmen, bis ihre Forderungen erfüllt werden. Der Grund des eigenartigen Streiks, der nach allen Regeln der modernen Streiktaktik durchgeführt wird, liegt in der schlechten Behandlung, die die Metzgermeister im städtischen Schlachthaus durch die Bediensteten deselben ansieht sind, und in der Art, wie durch den Bezirksarzt Feil die Fleischbeschau ausgeübt werde. Die Metzger erklären, daß sie so nicht weiter arbeiten könnten, wenn sie nicht ganz ruiniert werden sollen. Die Sympathie der Bevölkerung Landaus und der umliegenden Landorte ist völlig auf Seiten der Metzgermeister. Die Bauern weigern sich, der Stadtverwaltung, die im Schlachthaus eine Regie-Schlächterei einrichtete, ihr Vieh zu verkaufen und läßt sich einerseits bekommen, dies hoch zu thun, so bekommt er dafür von seinen Gevattern Prügel. Es fehlt also auch nicht an Terrorismus. Die Viehhändler haben sich gleichfalls mit den Metzger, deren Vorgehen natürlich bei ihren Kollegen allgemein Ansehen gefunden hat, solidarisch erklärt und sich gleichfalls verpflichtet, der Stadtverwaltung kein Vieh zu verkaufen. Die Versuche der Stadtverwaltung, die sich mit ihren Schlachthausbediensteten und ihrem Fleischbeschauer solidarisch erklärt hat und kein Fehl an ihnen zu finden vermag, die Fleischversorgung zu regeln, sind denn auch bis jetzt gescheitert. Drei Schweine, drei Kälber und drei Hammel ist alles, was sie bisher ansprachen.

St. Bureauftrats leistete sich neuerdings folgendes. Ein Reupreier Schmiebedmeister erhielt von seiner Berufs-genossenschaft, Sitz in Berlin, ein Schreiben, worin es heißt, daß er nur 16,50 Mk. für Umlagen ein sandte, während 16,51 Mk. fällig waren. "Den Restbetrag von 1 Pfennig eruchen wir umgehend einzufinden", schließt das Schreiben dem ein über den Betrag von 1 Pfennig lautendes Postanweisungsfornular beigelegt war.

Normalschiff und Fahrwasser-Tiefe. Die Tiefe des Fahrwassers der deutschen Wasserstraßen ist so verschieden, daß es schwer ist, ein Normalschiff einzuführen, das auf allen Kanälen mit gleichem Vortheil benützt werden könnte. Von Jahr zu Jahr wird eine wesentliche Verbesserung des Fahrwassers unserer großen Flüsse durch Wasserbauten herbeigeführt. Auch die Kanäle, namentlich aber diejenigen, welche als Verbindungen der Ströme dienen, erweitern sich nach und nach eine Vergrößerung der Fahrtiefe, eine Erweiterung der freien Oeffnungen der Schleusen und Brücken. Die Natur der verschiedenen Flüsse bringt es mit sich, daß durch die Verbesserungsarbeiten nur sehr verschiedene Tiefen des Fahrwassers bei Niedrigwasser erreicht werden können und daher zunächst auch nur bestimmte Tiefen angestrebt werden. Auf der Weichsel soll dieses Maß bis 1,6 Meter betragen, auf der Oder 1,00 bis 1,50 Meter, auf der Elbe oberhalb Magdeburg 1,00 bis 1,40 Meter und unterhalb Magdeburg bis 1,60 Meter; indeß glaubt man die Arbeiten unterhalb Magdeburgs so einrichten zu können, daß Schiffe bis Magdeburg hinaus eine Tiefe von 2 Metern bei mittlerem Niedrigwasser antreffen. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, steht zwar noch nicht fest, es wird aber erhofft. Auf der Weser glaubt man durch Regulierung als geringste Fahrtiefe anstreben zu können auf der Strecke von Münden bis Minden 1,25 Meter von 0,80—1,00 Meter unterhalb Minden bis 1,25 Meter; durch Kanalisierung wird man zweifellos eine Tiefe von 2 Metern erreichen können. Der Rhein, unsere schönste und wichtigste Wasserstraße, stellt der Schifffahrt oberhalb St. Goar eine Fahrtiefe bis zu 2 Metern, von St. Goar bis Köln von 2,50 und unterhalb Köln von 3,00 Metern zur Verfügung. Die für solche Tiefen gebauten größten Schiffe werden weder die Elbe noch die Weser, noch die Oder, noch die Weichsel befahren können. Für den Kanal, welcher demnächst den Rhein mit Weser und Elbe und durch die Mündung der Elbe bereits bestehende Wasserstraßenfette auch mit Oder und Weichsel verbinden soll, ist daher eine allerdings möglichst große Fahrtiefe — 2 bis 2,50 Meter — geplant, es ist aber nicht zu erwarten, daß die größten Rheinschiffe auf ihm verkehren können. Bei 2 bis 2,5 Meter Tiefe können die Schiffe schon die bedeutende Tragfähigkeit bis 1000 Tonnen, also etwa hundert Eisenbahnwagen mit je 200 Zentnern Ladefähigkeit, erhalten.

nehmen, offen Partei gegen ihren Vater ergreifen? Dazu hat eben nur der Mann ein Recht, dem sie ihr ganzes künftiges Leben anvertraut. Dollen Sie dasjenige eine Stellung in weichen Hause oder auf weicher Fern annehmen, Sie, bis sich etwas anderes Besseres findet, so ist wenigstens für den Augenblick der Noth abgeholfen, und das Kind hat ein Recht, bei uns zu sein."

Schweigend sprach von seinem Stande auf und blickte auf die Augen des Vaters. "Es wäre Tölpelheit von mir", sagte er endlich wieder heranzutreten, "Ihre Stelle in der Lage, in welcher ich mich befinde, abzugeben, ist gerade Sie selbst noch an Ihre Fassung wieder kommen, — aber Ihre letzten Richtiges, so fröhlich er auch ist, kann ich nicht annehmen; Sie sind nicht es doch nur immer eine Noth und Herabwürdigung und Sie müßten in eine ganz unangenehme Lage zu Ohn, vielleicht auch in der ganzen künftigen Beschäftigung gerathen — Sie hätten gleiche Sache mit dem Fremden gemacht, der nicht ist und nicht hat und doch seine Hand nach einem Mädchen aus der Klasse des Landes ausstreckt; Sie würden dem Geschick aller reichen Eltern, die Tochter bittend, gerade ins Gesicht schlagen und wahrscheinlich Ihre Opfer, so unendlich das auch jetzt geschieht sein mag, bald genug bereuen. — Ich muß mir irgend eine Stellung, irgend eine Beschäftigung zu verschaffen suchen", fuhr er fort und schob seinen vorigen Gang wieder auf. "Ich werde aus Ihrer Noth und Ihre Hilfe heraushelfen, aber ich weiß, daß das nicht in Ihr Geschick kann. Ich werde morgen in aller Frühe nach Dölan gehen — ich würde zunächst mit Dr. Klein reden, ich bin noch nicht

den ihm entlassen, habe aber mein Gehalt für ein halbes Jahr im Voraus erhalten — ich werde zu ihm sprechen, wie es mir der Augenblick einfallen wird, werde ihm zeigen, daß er es wenigstens mit einem ehrlichen Manne zu thun hat, der weder hinter seinem Rücken eigenmächtige Pläne verfolgt, wie er es wohl vernünftiger, noch jetzt von all seinem Gelde etwas verlangt, und jeden anderen Weg, als den offenen beschwört. Was das Ergebnis davon sein wird — ich weiß es nicht; aber ich weiß jetzt, daß dies mein nächster Schritt sein muß, wenn ich vor mir selbst bestehen soll."

"Ob Ihr Weg gerade der praktischste ist, weiß ich nicht," erwiderte Morion, seine Haare durcheinander streichend, "man tritt einem wildgewordenen Pferde nicht gern geradezu in den Weg, und in Dinge, die sich nicht ändern lassen, ergreifen sich die Leute meist viel eher, als da, wo ihnen noch eine Hand darin erlaubt ist. Aber ich darf gegen Ihre Gründe nichts sagen."

"Haben Sie auch wohl an Ellen und ihr Glück gedacht, wenn die Zusammenkunft mit ihrem Vater schroffer zwischen Ihnen beiden eintreten sollte, als Sie es vielleicht jetzt vernünftiger?" begann Pauline, und Helmschickts Anze begreife einen so einfachen Mann, wie er ihn noch nie an ihr gekannt. "Ich möchte ich dazu glauben, daß auch die Liebe des besten Mannes sich nicht frei von Egoismus machen kann, mag der nun Egoe oder Egoe oder sonstwie genannt werden."

"Ihre gläubig Sie wirklich, daß ein Mann der Hail für eine Frau sein würde, — daß sie mit der Hailung zu

ihm ansetzen könnte, wie es sein sollte, wenn er seine Grundzüge auch nur einen Augenblick, und sollte es seinem Lebensglück sein, aufopfern könnte?" sagte Helmschickts angeregt. "Ich habe noch wenig vom heißen Leben gesehen und mein Urtheil mag nicht ganz richtig sein, aber mir scheint, daß das ganze amerikanische Familienverhältniß ein anderes sein würde, wenn viele Männer mehr Männer in diesem Sinne wären. — Lassen Sie mich jetzt zu Bett gehen," fuhr er dann ruhiger fort, "vielleicht kommt mir irgend ein glücklicher Gedanke während der Nacht, ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihre Theilnahme."

"Wohl, Sir," sagte Morion, ihm die Hand drückend, "ich habe schon heute während Ihrer Verteidigungsrede ge-dacht, daß Sie einen unserer besten Advokaten abgaben, und in Allem, was Sie heute Abend gesagt, streift etwas, das dem Mädchen eine Ueberzeugung beibringen könnte, wenn ich auch zehnmal weiß, daß Sie Unrecht haben. Gehen Sie Ihren Weg, legen Sie sich ins Bett — viel schlafen werden Sie wahrscheinlich nicht, und haben Sie irgend einen Gedanken, so wissen Sie, daß ich darauf warte, für Sie Hand anzulegen."

Helmschickts reichte seine Hand der jungen Frau. "Können Sie mir nicht Recht geben?" fragte er.

"Es gehört für eine Frau viel Liebe dazu, um Ihren Standpunkt zu würdigen," sagte sie, ohne aufzublicken, "gehen Sie zu, daß Sie vor Ellen bestehen, dann will ich gern nichts weiter sagen."

(Fortsetzung folgt.)

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236

Freitag, den 9. Oktober 1903.

10. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Junkerthum und Kulturpolitik.

So sicher wie alle Wochen irgendwo in Südamerika oder Hinterindien eine ganz gefährliche anarchische Verwirrung entdeckt wird, wissen alle paar Monate wenigstens einmal besonders gut unterrichtete Zeitungen zu erzählen, daß die preussische Regierung demnächst wieder mit ihrer Kanalvorlage vor den preussischen Landtag treten wird. Seit vier Jahren ist dieser unglückliche Gesetzentwurf zum Symbol eines Zustandes geworden, der in fast allen deutschen Staaten, besonders scharf aber in Preußen und Sachsen, zur dauernden Erscheinung geworden ist. Es handelt sich um einen vollständigen Stillstand jener Kulturarbeit, deren Vollbringung oder wenigstens deren Anbahnung zu den wichtigsten geschichtlichen Aufgaben der kapitalistischen Wirtschaftperiode gehört.

Marx hat einst als unbefangener Kritiker das Hohelied dieser kapitalistischen Kulturarbeit gesungen, schöner als es irgend ein Prince-Smith oder Schulze-Delitzsch zu singen verstand. In seinem „kommunistischen Manifest“ findet sich diese berühmte Stelle: „Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäufserung, die die Reaktion am Mittelalter so sehr bewundert, in der trüglichen Bärenhäuterei ihre passende Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Thätigkeit der Menschen zu Stande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andere Hügel aufgeführt, als Bäderwanderungen und Kreuzzüge. . . . Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte. . . . Dampfschiffahrt, Telegraphen, Urbarmachung ganzer Welttheile, Schiffarmachung der Flüsse. . . . welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?“

Das war mehr Lob als das Bürgerthum, das deutsche zumal, ertragen konnte. So wenig dieses jemals imstande gewesen ist, die politische Macht der mittelalterlichen Reaktion zu brechen, so wenig hat es sich auch des Rückfalls in die „trächtige Bärenhäuterei“ zu erwehren vermocht. Das Emporschnellen der proletarischen Bewegung hat ihm keine Zeit gelassen, seine eigene politische Alleinerrschaft wenigstens für Zeiten dauernd zu begründen, und auf seiner Suche nach einem sicheren Stützpunkt hat es mit Freunden und ohne alle Scham entdeckt, daß in den Stürmen seiner Revolution die grauen Zwingburgen des Landadels wenig Schaden erlitten hatten. Aber seine willige Unterwerfung unter die Feudalherrschaft mußte auch notwendig die Folge mit sich bringen, daß seine kulturelle Schöpferkraft vorzeitig erlahmte, daß namentlich in den deutschen Einzelstaaten, die den schuldigen Tribut an den Geist der Demokratie auf das Reich abgewälzt hatten, die Gesetzgebung stockte und die Entfaltung der Produktionskräfte an dem Machtwillen der Reaktion ihre Schranke fand.

Die bisherige Geschichte der preussischen Kanalvorlage bietet das typische Beispiel jener merkwürdigen rückwärtigen Entwicklung. Für die Annahme des Gesetzentwurfs, wie er am 14. März 1899 zum ersten Male im preussischen Landtage auftauchte, sprach nicht nur das Kulturinteresse, sondern — was bei den heutigen Verhältnissen Preußens viel schwerer wiegt — das Interesse Krupp's, weiland des mächtigsten Mannes von Deutschland, und der Wille seines Freundes, des preussischen Königs. So standen sich die zwei seltsamsten Dreiecke in der seltsamsten Kampfsituation gegenüber. Auf der einen Seite Kultur, Kapitalismus und Monarchie, auf der anderen Reaktion, Beamtenthum und — Regierung.

Der Mittellandkanal war bestimmt, den Rhein mit der Elbe zu verbinden und auf diese Weise eine lückenlose Wasserstraße zwischen dem Westen und dem Osten der preussischen Monarchie herzustellen. Er sollte am Rhein unweit Saar beginnen, bei Dortmund in den bereits eröffneten Dortmund-Enskanal münden, bei Bevergern ostwärts abbiegen und, an Minden und Hannover vorbeigeführt, oberhalb Rüggeburg in die Elbe endigen. Es war ein Lauf von 470 Kilometer Länge, so lang also etwa, wie der Rhein von Bingen bis zu seiner Mündung: ein Wunderwerk also, um mit Marx zu reden, größer als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen.

Und was war von diesem Wunderwerke geblieben nach den gebuldrerbenden Verzettlungsversuchen der Mehrheit, dem Intriguenpiel der Minister, den verfassungswidrigen Verfassungsverstößen, nach den rhetorischen Kraftanstrengungen der Krone? Eine glatte Ablehnung, ein großes Nichts! Am 3. Mai 1901 sah sich der preussische Ministerpräsident genöthigt, nach einem zweiten schwächlichen und kaum ernstgemeinten Versuche, die Vorlage durchzubringen, zum zweitenmal die Waffen zu strecken.

Seit jenem 3. Mai ist die Kanalvorlage das Gerippe

im Schrank der preussischen Staatspolitik geworden. Sie ist todt und doch wieder lebendig, als Mahnung, als Wunsch oder als Drohung. So ist — von der neuesten Meldung abgesehen, die wir jüngst verzeichnet haben — damals zum letztenmale wieder von ihr die Rede gewesen, als im Sommer dieses Jahres die Hochwässer über das unglückliche Schlesien herniederbrausten, und die Regierung in läqlicher Rathlosigkeit die Hände rang. Zugleich mit dem Mittellandkanal war ja auch durch die gemeinliche Schuld der Regierung und des Junkerthums jener Theil der „wasserwirtschaftlichen Vorlage“ verschleppt worden, der weitgehende Schutzmaßnahmen für das schlesische Hochwassergebiet bezweckt hatte. So hat sich auch gezeigt, daß die Verumpfung der kapitalistischen Kulturarbeit nicht nur die unmittelbaren Träger des Kapitalismus schädigt, sondern auch für die Landwirtschaft eine Gefahr ist: jene Landwirtschaft, in deren Namen jetzt fast alles geschieht, was im Interesse des Landadels am Leibe des deutschen Volkes gesündigt wird.

Nun hat uns der Herbstwind abermals das unermüdliche Fragepiel gebracht, ob „sie“ kommt, oder ob sie nicht kommt. Die sozialdemokratische Presse hat nun niemals den aussichtslosen Versuch gewagt, in die Gehirnwandungen der preussischen Minister einzudringen und am Ende gar etwas Verainstiges in sie hineinzulesen. Die wackeln Gesichtspunkte ihrer Gesellschaftskritik entheben sie der qualvollen Aufgabe, den Räthseln einer sprunghaften Politik im Einzelnen nachspüren zu müssen.

Gleichviel also ob sie kommt, oder ob sie nicht kommt, ob sie eine neue Niederlage erleidet, oder ob sie sich schließlich mit Glück durch das krause Labyrinth agrarisch-kapitalistischer Kompensationspolitik mühselig hindurchschacht — sicher ist, daß jene Reibungswiderstände, die sich einer kapitalistischen Kulturpolitik entgegensetzen, sich keineswegs vermindern, sondern daß sie vielmehr in gleichem Maße steigen, als sich das Bedürfnis des Bürgerthums nach einer Anlehnung an das feudale Gewaltregiment vermehrt.

Was Karl Marx dem Bürgerthum Lobes verkündigt hat, hat die Zeit überholt. Die Periode schöpferischer kapitalistischer Kulturarbeit ist zu Ende, die Wunderwerke der neuesten Zeit bleiben auf dem Wege stehen; eine Zeit der vollkommenen gesetzgeberischen Stagnation, ein Abglanz mittelalterlicher Bärenhäuterei ist wieder eingetreten.

Draußen aber, vor den Thoren des preussischen Junkerparlamentes, sieht, zum Angriff gerüstet, das Proletariat und sein Programm der unendlichen Thatenfülle und Fruchtbarkeit. Es giebt für die Zukunft keine Kulturpolitik mehr, die nicht sozialistisch ist!

Politische Mundschan.

Deutschland.

Eine Junkerverschwörung ist gegen den Grafen Bülow im Gange. In einer Polemik gegen die „Frankf. Ztg.“, welche behauptet hatte, daß unter der Ministerpräsidentenschaft des Grafen Bülow der Mittellandkanal nie zustandekommen würde, hatte die „Nat.-Ztg.“ erwidert, daß konservative und Sozialistenböder in letzter Zeit mit allen Mitteln auf den Sturz des Grafen Bülow hinarbeiten, um an dessen Stelle einen „starken Mann“ zu bringen. Darauf antwortet nun die „Kreuz-Ztg.“: „Hier wird allgemein den Konservativen „Ministerstürzerei“ vorgeworfen. Es widerspricht aber den konservativen Grundsätzen, direkt oder indirekt die Stellung eines Ministers zu untergraben. Die Ernennung und Verabschiedung von Ministern muß der Initiative Seiner Majestät des Königs vorbehalten bleiben. Es giebt allerdings einige agrarische Kreise und auch leider vereinzelte Konservative, die aus verschiedenen Gründen auf Einsetzung eines anderen Ministerpräsidenten dringen. Konservativ ist dieses Verhalten nicht, und die Partei muß sich verbitten, für solche Wünsche verantwortlich gemacht zu werden.“ — Warum will die „Kreuz-Ztg.“ die konservativ-agrarischen Ministerstürzer nicht nennen, wenn sie dieselben kennt? Im Uebrigen ist es natürlich gut gespielt Heuchelei des Junkerblattes, wenn es den Verdacht weit von sich weiß, daß es überhaupt konservativ Ministerstürzer gäbe. Aus der preussischen Geschichte lassen sich genulgend Beispiele anführen, wo gerade Konservative die Vorhänge der Könige gespielt und die Stellung der Minister erschüttert haben.

Im zweiten Berliner Wahlkreise sehten Dienstag Abend unsere Genossen die Debatte über den Parteitag in Dresden fort. Debel sprach zwei Stunden. Er verwahrte sich zuerst gegen das blöde Geschwätz von der „Diktatur Debel's“ und ging dann mit dem „Vorwärts“ wegen dessen Berichterstattung über den Dresdener Parteitag zu Gericht. Auf den Streit zwischen Harden, Heine, Bernhard u. s. w. ging er ausführlich ein und sprach die Befürchtung aus, daß Harden das Wichtigste noch nicht gesagt

habe. Es sei beschämend, daß der Gegner sich anständiger benommen habe, wie die eigenen Parteigenossen. Nach einer hierauf folgenden Bertheidigungsrede Bernhards, in der er Mehring der Lüge ziele, sprach der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Genosse R. Fischer. Er vertheidigte sich gegen den Vorwurf des Revisionismus, erklärte, er glaube den angeklagten Genossen mehr als Harden, und bat um größere Rücksichtnahme auf die Ehre und das Ehrgefühl der Parteigenossen. Schließlich wurde gegen wenige Stimmen eine Resolution angenommen, die sich gegen den Revisionismus richtet, die Vorgänge auf dem Parteitage billigt und, trotz Debel's Abmahnung, den Parteivorstand auffordert, die Untersuchungen über die von Harden gegen Braun, Bernhard, Heine und Göhre erhobenen Beschuldigungen so zu beschleunigen, daß noch vor den Landtagswahlen Klar wird, ob sie noch ferner würdig seien, der Partei anzugehören. — Vertrauensleute des Wahlkreises Frankfurt-Lebus erklärten im „Vorwärts“, über ihren Abg. Heinrich Braun werde demnächst ein Schiedsgericht des Wahlkreises zusammentreten. Sie bedauern die persönliche Berührung, die das Parteileben zerrützte und die Einheit der Partei löste. Die Beurtheilung aller Fragen über die Würdigkeit bestimmter Genossen zu Ehrenämtern sei ausschließlich Sache der Parteigenossen des betreffenden Kreises.

Antisemitischer Freisinn. Unter den Freisinnigen des Landtagswahlkreises Teltow-Charlottenburg sind bekanntlich wegen der Aufstellung der Kandidatur des Eugen Richter nicht genehmten Dr. Arthur Bernstein lebhafteste Zwistigkeiten ausgebrochen, die bereits (wie auch von uns gemeldet) dahin geführt haben, daß Eugen Richter seine Leute in diesem Kreise mit dem großen Mann belegt hat. Im weiteren Verlaufe dieses Zwistes ist nun auch auf die Vorgänge bei der Reichstagswahl in Torgau-Liebenwerda zu sprechen gekommen, wo s. B. Dr. Bernstein ebenfalls kandidirt hatte. Da theilt nun u. a. Herr Emald Conrad, Schriftführer des Kreiswahlvereins der Freisinnigen Volkspartei in Torgau, in der „Berl. Ztg.“ folgende interessante Episode freisinniger Massenhegemonie mit: „Am 29. Dezember 1899, nachdem wir Herrn Dr. Bernstein zum Kandidaten nominirt hatten, erschien Herr Abgeordneter Rektor Kopsch bei uns und suchte uns von der Kandidatur Bernsteins abzubringen. Als er sah, daß wir uns nicht abbringen ließen, sagte er schließlich: Ihr werdet doch Bernstein nicht wählen, der ist ja ein Jude.“ Und als wir erwiderten, daß das uns auch egal wäre, daß Bernstein aber übrigens überhaupt kein Jude sei, sagte Herr Kopsch: „Na, er ist ja doch immerhin ein getaufter Jude.“ Wir waren damals sehr entrüstet über Herrn Kopsch, wollten aber im Interesse der Sache schweigen. Nach dem hinterlistigen Ueberfall der „Freis. Ztg.“ gegen Dr. Bernstein aber scheint es uns notwendig, offen zu sagen, wie es eigentlich bei unserer Parteileitung steht.“ — Eugen Richter ist diese Feststellung sichtlich höchst unangenehm, und er wendet sich in seiner „Freis. Ztg.“ wie ein Wurm, um Herrn Kopsch aus der Tüte zu reißen. Gegenüber den konkreten Angaben des Torgauer Vertrauensmannes ist das aber ein vergebliches Beginnen, und es bleibt die Thatfrage bestehen, daß Mitglieder des Vorstandes der Freisinnigen Volkspartei antisemitisch sind. Was werden die Juden im Lande dazu sagen, die bisher in der Hauptsache die Gefolgschaft der Richtergarde stellten und zur Fällung der freisinnigen Massen ihr Scherflein beitrugen? Und was wird insbesondere Herr Heise sagen, den doch nur die thatkräftige Hilfe freisinniger Juden über Wasser hält?

Wahlnachklänge. Kurz nach den Reichstagswahlen wurde der Nürnberger „Frankf. Kurier“ ein großes Geheiß darüber angestellt, daß massenhaft Arbeiter, die in Fürth wohnen und in umliegenden Orten arbeiten, von ihrem Wahlrecht doppelten Gebrauch gemacht hätten. Und in der ganzen bürgerlichen Presse nationalliberaler und freisinniger Richtung bröhte das Geschrei des Nürnberger Sozialistenfreierorgans nach. Jetzt hat sich nun aber herausgestellt, daß das freisinnige Scharfmacherblatt elend gesunkert hatte. Die angestellte Untersuchung hat nicht das geringste ergeben, was die vom „Frankf. Kurier“ ausgesprochene Verdächtigung irgendwie begründen könnte. Gegen zwei Bräuer, die man besonders der Doppelwahl beschuldigt hatte, ist die Denunziation elend ins Wasser gefallen. Die beiden Bräuer haben völlig zu Recht von ihrem Wahlrecht in Fürth Gebrauch gemacht; eine strafbare Handlung konnte ihnen auch schon deshalb nicht zur Last gelegt werden, weil sie auf die Eintragung in die Wählerliste keinerlei Einfluß ausgeübt haben.

Gestern wurde uns die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Schiffszimmermann **Albert Hinkfoth** mit der ganzen Beilage der dänischen Barf "Clara" bei Mozatlan in seinem noch nicht vollendeten 20. Lebensjahre seinen Tod in den Wellen fand.

Dies zeigt tiefbetrubt an
Th. Hinkfoth u. Frau, geb. Deichen, und Kinder.

Heute Morgen 1 1/2 Uhr starb nach langem Leiden mein lieber Mann der Schlosser

A. Jensen.

Aufs tiefste betrauert von mir und meinen Kindern
C. Jensen Wwe.

Aufnahme Sonnabend den 10. Oktober, Morgens 10 1/2 Uhr von der Kirchhofkapelle. Trauerfeierlichkeit 10 1/2 Uhr.

Zu verm. eine abgeschloss. Etage
2 Zimmer u. Zubehör zum 1. Nov. oder später.
Preis 185 Mk. Näh. Pulowstr. 3, part. (Burgth.)

Zum 1. Jan. 1904 eine Wohnung
zu vermieten.
Kerkringstr. 44,
unterh. Ludwig u. Friedenstr.

Ein Laufjunge gesucht.
Kunferstraße 26.

Züchtige Tischhändler
für Geflügel bei gutem Lohn und dauernder Stellung gesucht Offerten sub J. U. 9382 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

Ein tüchtiger Klempnergefelle
für Werkstattarbeit,
ein Gasfitter und ein jugendlicher Arbeiter
finden sofort lohnende Beschäftigung.
W. Klüssendorf, Klempner u. Mechaniker,
Süßstraße 116.

Ein Gesucht
Frauen

für die Mariniranstalt.
August Schumacher.

Zu kaufen gesucht ein kleines Haus mit
Kammer. Preis mit gutem Preis und
Nah. unter Z. L. an die Exp. d. Bl.

Für Wäscherinnen!

Das Haus Grillestraße 4 ist mit gutem
gehobener Wäsche Waschanstalt halber zum 1. Jan.
preiswert zu verkaufen oder zu vermieten.

Knaben- und Mädchen-Anzüge
u. 16 3/4, u. d. erfahrenen Schneiderin gut und
billig angefertigt. Köhlerstraße 33, 1. Etg.

Ein Posten neugestopftes
Bettzeug
mit leichten Beschädigungen hat sehr billig
abzugeben
Fleischhauerstraße 86.

Der Deutsche Reichstag
1903—1908.

Biographisch-Historisches Handbuch
von
Joseph Kürsehner.
Samtliche Reichstagsabhandlungen
sind nach ihrer Photographie abgebildet.
Preis 50 Fig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Fahrräder.
Reparatur aller Systeme.
Nachher werden wir das
Geld zurückgeben.
Günstige Ersatzteile hier auf Lager.
— Eigene Ersatzteile-Anstalt —
L. Bethien, Friedrichstr. 11. 53.

Führer
nach der
Strafprozessordnung
Rechte des Angeklagten
vor Strafgericht und Polizei.
Von Dr. Hugo Heintzmann.
Preis 40 Fig.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Königsstraße 59.

Zur Aufklärung!

Seit einigen Jahren gehen in Lübeck sogenannte Kolportiere in Familienkreise und jagen die Familienmitglieder zu überreden, nach alten kleineren Photographien, besonders von Verstorbenen, Vergrößerungen anfertigen zu lassen. Hat sich hierzu Jemand überreden lassen, so zahlt er womöglich gleich die Hälfte des Betrages an den Kolporteur; zahlt er nicht, so hat er einen Schein zu unterschreiben, welcher nach genauer Beschichtigung besagt, daß das Bild, wie es auch ausfalle, voll und ganz vom Besteller zu honorieren ist. Auch wird der Eric angewandt, daß das Bild gratis angeboten wird. Nach ca. 14 Tagen erhält solcher Besteller aus Berlin, Paris, Kopenhagen oder Stockholm ein sehr lebenswürdiges Schreiben, in dem mitgeteilt wird, ob schon noch nichts an dem mitgegebenen Bilde gerührt ist, daß dasselbe schon fertig und sehr hübsch ausgefallen sei, es bedürfe nur noch der Einbindung von 8, 10 oder 12 Mark für einen eleganten dazu passenden Rahmen. Sendet der Besteller nicht den Betrag für den Rahmen ein, so hört er von dem lebenswürdigen Schreiber nichts mehr, sieht aber auch das mitgegebene kleine Bild, vielleicht das letzte seines Angehörigen, nie wieder; wird jedoch der geforderte Betrag eingeschickt, so wird dem Auftraggeber ein 3fach zu theuer bezahlter Rahmen mit einem Schundbild unfrankirt übermietet. Dieser Art Werkstatt ist es nicht um die Bestellung eines Bildes, sondern nur um die Abhebung eines ordinären Rahmens für hohen Preis zu thun, und weil das Eine nicht ohne das Andere zu erreichen ist, wird der Eric mit dem Bilde dazu gemacht. Die Zeitungen, ja sogar die Polizei haben mehrfach das Publikum gewarnt, auf solche Anwerbungen hinauszufallen.

Die Innung der Photographen zu Lübeck giebt deshalb bekannt, daß solche Art Arbeiten an Bildern, wie oben gesagt, jede photographische Anstalt hier zu denselben Bedingungen liefern kann, daß aber andererseits gute haltbare und ähnliche vergrößerte Bilder nur einen entsprechenden Preis haben.

Die Innung der Photographen zu Lübeck.

Zentral-Verband der Zivilmüster Deutschl.

Einladung zum

I. Abonnements-Konzert
mit nachfolgendem Ball
am Donnerstag den 15. Oktober 1903
im Vereinshaus, Johannisstraße Nr. 50—52.
Anfang 8 Uhr.

Abonnementskarten für Familie Mk. 2.—, für einzelne Personen Mk. 1.50.
Nichtabonnenten Mk. 0.50. Einzelne Damen 20 Fig., wofür Garderobe.
Unterschriftsbogen liegt an der Kasse aus. — Um gütige Theilnahme bittet

Die Ortsverwaltung.

Pfand-Auktion.

Am 19. und 20. Oktober verkaufe ich im
„Weißen Hof“, Marlesgrube 15,
die nicht eingelösten Pfänder
worauf Kaufschreiber einlaßt.

L. S. Baruch, Pfandleiher.
NR. Gold und Silber am 2. Tage. Provision
gilt nur bis zum 11. Oktober ange-
nommen.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Köhln.
Markt 4 10.
Sind vortheilhaft bekannt durch gute Ver-
arbeitung und sehr billige Preise. U. N.:
Lederhosen . . . 1,80—6,45
Kammetthosen . . . 2,60—5,75
Schlepphosen . . . 1,88—5,25
Hoberziehosen . . . 0,88—2,35
Juwel-Hosen . . . 1,38—3,25
Leinwand-Jacken, Kragen und gerade, 1,25
Kragen, Hemden, Schlingentragen, Reiterjacken,
Wasser-Mantel ebenfalls billig.
Puppen von 50 Fig bis 1,50 Mk.

Die guten
Kommerischen Halb- u. Antipiel
aus Kern-Rindleder
mit reiner Eichenlohe-Gerbung, beste Hand-
arbeit, in großer Auswahl sehr
billig vorrätig.
Nur 38 Marlesgr. 38
Bitte genau auf Hausnummer
zu achten.

Empfehle meinen
**Rasir-, Frisir- und Haar-
schneide-Salon.**
Gustav Sulzer, Friedenstr. 50.
Schwedisches Brennholz
empfehle ich
Th. Kruse
Friedenstr. 1289. Untertrave 60.
Feinste Meierstrasse 140 Mk.
Gute Meierstrasse 120 Mk.
J. Böttcher, Friedenstraße 66.

Fellen und magern Speck
per Pfd. 70 Fig.
Schwanzfleisch 60 Fig., 70 Fig., Schweinefleisch 55 Fig.,
gutes Hammelfleisch 70 Fig., Schweinefleisch 70 Fig.,
bester Schmalz 70 Fig., frischer Schmalz 70 Fig.,
50 Fig., Schmalz 50 Fig., frisches Schweinefleisch
20 Fig., Best- und Schweinefleisch 10 Fig.
Jeden Samstag 5 Uhr warme Suppe
M. Labrtz, Köhlerstraße
Friedenstr. 1291.

J. Glück
Meierstraße.
Empfehle meine neu eingetroffenen
Herbst- u. Winter-Unterzeuge.
Herren-Normalhemden
von 75 Fig. bis 5,95 Mk.
Herren-Normalhosen
von 70 Fig. bis 4,50 Mk.
Herren-Jagdwesten
von 1,50 bis 7,80 Mk.
Farbige Sweaters
von 75 Fig. bis 4,80 Mk.
Damen-Normalhemden
von 55 Fig. bis 2,90 Mk.
Damen-Beinkleider
von 75 Fig. bis 3,95 Mk.
Wellene Damenunterröcke
von 99 Fig. bis 5,50 Mk.
Wellene Damenwesten
von 1,25 bis 4,50 Mk.
Knaben-Normalunterhosen
von 25 Fig. bis 2,05 Mk.

H. Schultz
Ahren u. Goldwaaren
ob. Johannisstr. 11.
Eigene Werkstatt
Jedem einsetzen 1,50 Mk.
Uhrmacher 30 Fig.
Enorme Auswahl Regulatoren
und Freischwinger.
Goldene Trauringe, geschliffen gefasst.
Kathenotter Brillen und Singez.

Freitag den 9. Oktober
unwiderruflich letzter Waggon

Zwetschen
in bekannter Güte in Parthien
Pfund 12 Pfennig
gleichzeitig ein Waggon
feinster böhmischer
Zafeläpfel
zu äußerst billigen Preisen.
Spethmann & Fischer
Biedergrube 59.

Grosse Auktion

Freitag den 9. Oktober 1903

Nachmittags 2 1/2 Uhr

14 Hundestraße 14

über: 2 Poststellen mit Sprungfederbetten,
1 Regulator, Spiegel, Lische, Stühle, 1 Kom-
mode, 1 schottische Karre und sonstige Modilien,
emallirte Kochtöpfe, Pfannen, Schüssel und
Kessel, Herrenstoffsäcke, Briefpapiere in Karton,
Bortemontagen, Puppen, Tassen, Glas und
Porzellan, Scheeren und Taschenmesser, Schuh-
waaren, Bürsten, 2 neue 3flaumige Petroleum-
maschinen, Postkarten, Broden und Kämme,
Musikische, Handharmonikas, Zither, Weider-
stoffe und Flanel, Theelöffel, Forken und Gabeln
u. v. n. Gen. m. Weitere Zusendungen
werden erbeten: **Hundestraße 14.**

J. C. B. Schmehl

Auktionator und Taxator

Achtung!

Die vor ca. 4 Wochen bei Frau Ww. Solt-
mann, Gr. Burgstr. 33, 1. Et., wohnhaften
Reisenden Zierow und Dietrichsen, welche
hier und in der Umgegend Aufträge von Ver-
größerungen nach kleinen Photographien
entgegengenommen, sich anzuhören ließen und bis
jetzt noch kein Bild geschickt haben, sind nicht, wie
vielfach von den Bestellern angenommen wird,
Reisende für mein photographisches Atelier, son-
dern für ein Berliner Institut.

H. Hahn

photographisches Atelier

Gr. Burgstr. 33, II.

Henkels
Bleich-Soda

Sterbekasse „Fidelitas“
(für Männer und Frauen).

Ordentliche

General-Versammlung

am Montag d. 12. Oktober

Abends 9 Uhr

in den Centralhallen (W. Borgwardt).

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung. 2. Bericht des
Der Vorstand.

Achtung!

Pastidierearbeiter!

**Mitglieder-
Versammlung**

am Freitag den 9. Oktober

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50 52

Tagesordnung wird in der Versammlung be-
kannt gemacht.

Der Vorstand.

Circus Variété.
Der gegenwärtige
prachtvolle Spielplan
erregt jeden Abend
fürmischen Beifall.
Anfang 8 Uhr.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etage.
Diese Woche angefüllt:

Linderhof und Berg.

III. Abth. der bayerischen Königschlösser.
Jeden Tag v. 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abds. geöffnet
Entrée 30 Fig., Kinder 20 Fig., 5 Refusen 1 Mk.

Stadttheater
7 Uhr. Freitag den 9. Okt. Endepräz 10 40 Uhr.
14. Sockl. 2. Freitags-Ab.

Lohengrin.

Absahrt des Theaterzuges 11 Uhr.

7 1/2 Uhr. Sonnabend den 10. Okt. 7 1/2 Uhr.

15. Sockl. 3. Sockl. u. Schüler-Sockl.

Das Glöckchen d. Eremiten.

Verantwortlicher Redakteur für den deutschen Text: Dr. Hugo Heintzmann. Druck: Friedrich Meyer & Co., Königsstraße 59.

Die rathlose Wissenschaft.

„Ein Heilmittel gegen die Krisen giebt es nicht.“ Mit diesen Worten schloß Sombart sein Referat auf der diesjährigen Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik über die Ursachen und den Verlauf der deutschen Wirtschaftskrise, und aus den Reden der meisten Diskussionsmitglieder wäre dieses Wort in verschiedenen Variationen wieder, je nach dem Temperament und der Anschauung der einzelnen Redner verstärkt oder abgeschwächt.

Was da auf den Kongressen des Vereins für Sozialpolitik zusammenkommt, ist der Extrakt der deutschen Wissenschaft, alle die Professoren der Universitäten, die leuchtenden Größen der theoretischen Betrachtung unserer Wirtschaftsordnung finden sich da zusammen, daneben auch Vertreter der praktischen Betätigung. Es sind die Spitzen der bürgerlichen Gesellschaft im besten Sinne des Wortes, die sich da zu verständigen verjuchten über die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise. Der Gipfelpunkt ihrer Diskussion war das Wort Sombarts von der Unmöglichkeit, die Krisen zu verhindern, das der bedächtiger Philippus dahin zu mildern suchte, daß man weiter nach den Ursachen forschen müsse, und dann werde es wohl auch möglich sein, die Krisen zu beseitigen.

Die Krise und die Arbeitslosigkeit, das sind die beiden Probleme, bei deren Lösung die bürgerliche Wissenschaft zeigen müßte, daß die bürgerliche Gesellschaft lebensfähig ist. Die Krise und die Arbeitslosigkeit, das sind die beiden Krankheiten unseres Gesellschaftsorganismus, die am deutlichsten seine Unhaltbarkeit zeigen. Bei der Arbeitslosigkeit hat die bürgerliche Wissenschaft schon längst erklärt, daß nichts zu machen sei, denn die Arbeitslosenversicherung ist doch kein Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit, sondern nur ein Surrogat für ein solches. Und jetzt kommt das Problem der Krise. Die Professoren studieren es nicht aus rothen Berichten, nicht aus Büchern und Nachrichten, sondern an einem Beispiel, das sie selbst mit erlebt haben, und wieder müssen sie erklären, daß die bürgerliche Wissenschaft nicht weiß, wie dagegen abzuwehren ist. Wie bei manchen Krankheiten die Ärzte zwar ihren Verlauf konstatieren, aber kein Mittel zu ihrer Heilung wissen, sondern den Verlauf der Krankheit nur mildern können, so auch die Doktoren am Körper unserer Gesellschaftsordnung. Rathlos stehen sie da und achselzuckend erklären sie, daß ihre Wissenschaft an ihre Grenzen gelangt sei.

Also soll es wirklich wahr sein, daß wir die Krisen willenlos über uns ergehen lassen müssen, daß auf jeden Aufschwung der Niedergang unaufhaltsam folgen müsse? Soll es wirklich wahr sein, daß all das Elend, welches die Krise im Gefolge hat, auch weiter bestehen bleiben müsse? Zunahme der Frauenarbeit, erhöhte Forderungen der Armenpflege, Steigerung der Bestrafung wegen Bettels, Zunahme der Kriminalität bezeichnete Dr. Jastrow als die Folgen der Krise. Das Maß des Elends, das an diesen Erscheinungen hängt, ist gar nicht auszumessen. Und das soll immer so bleiben?

Die Arbeiterklasse, der weitaus größte Theil der Bevölkerung in den Industrieländern, soll diesen Vorkriegsbruch von Elend, den jede Krise mit sich bringt, geduldig und ruhig über sich ergehen lassen, weil sich die bürgerliche Welt gegen die Schäden der Gesellschaftsordnung, von der sie allein einen Nutzen hat, nicht schützen kann? In dieser Sache hat die Wissenschaft nicht das letzte Wort. Dadurch, daß sie sagt, wir wissen nichts, streckt sie die Waffen. Aber diese Waffen werden aufgenommen von der Arbeiterklasse und ihrer Führerin, der Sozialdemokratie. Dort, wo die Wissenschaft der Bourgeoisie ihre Grenze findet, eben dort fängt die der Sozialdemokratie an. Wenn die bürgerliche Welt die Krisen ruhig ertragen muß, weil sie sich vor

ihnen nicht retten kann und weil sie sich in den Zeiten des Aufschwunges wieder bezahlt macht, so wird die Arbeiterklasse diesen Zustand nicht ruhig ertragen.

Daß es in der kürzlichen Welt kein Heilmittel gegen die Krisen giebt, das hat die Sozialdemokratie schon lange gesagt, bevor die bürgerliche Wissenschaft dies erkannte hat. Sie hat aber auch gleichzeitig ausgesprochen, daß, wenn es auch kein Heilmittel gegen die Krisen giebt, es doch ein Mittel giebt, die Krisen zu beseitigen, das ist die Beseitigung der Gesellschaftsordnung, die die Krisen hervorruft.

Dieses Mittel kann freilich nicht die Bourgeoisie und auch nicht ihre Vertreterin, die bürgerliche Wissenschaft empfehlen, sondern nur die Arbeiterklasse selbst.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Hölzer des Warthe- und Neke-Distriktes sind in einen Streik getreten. Ein den Unternehmern unterbreiteter Lohnantrag wurde abgelehnt, worauf am 2. Oktober einmündig der Streik beschlossen wurde. Da die Konjunktur äußerst günstig und der Geist unter den Streikenden ein vorzüglicher ist, so ist der Sieg der Hölzer ganz wahrscheinlich. Der Vorsitzende des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands, J. Döring, hat sich in das Streikgebiet begeben. Die Hölzer sind mit wenigen Ausnahmen organisiert. — In Fürstenwalde sind 113 Löhner in den Streik eingetreten, nachdem alle Versuche gescheitert sind, auf gütliche Weise einen Lohnantrag abzuschließen. — Die Fabrik- und Modellierler in Hannover haben beschlossen, mit den Drechsler- und Ristenmachern zusammen zur Erhöhung ihrer Löhne Schritte zu thun; die Aufstellung der Forderungen soll in einer demnächst stattfindenden Versammlung geschehen. Auch die Fensterputzer in Hannover haben ihren Arbeitgeber die Forderung von 21 Mk. Wochenlohn und sonstigen Arbeitsbedingungen überreicht und verlangen bis zum 16. d. M. Antwort.

Die abgebligte Polizei. Freigesprochen wurden vom Landgericht in Halle a. S. die neun Delegierten des dortigen Gewerkschaftsartells, welche wegen nicht sofortiger Entfernung aus einer aufgelösten Sitzung des Gewerkschaftsartells mit je 15 Mark Strafe belegt worden waren.

Anders als der Mörder Prinz von Arenberg wird ein sozialdemokratischer „Wähler“ im Gefängnis behandelt. Unserem Genossen Arbeitersekretär Limberg in Jherlohn, der seit vierzehn Tagen die Gefängnisstrafen, die ihm im Dienste der gewerkschaftlichen Organisation zufließen wurden, verbüßt, ist die von ihm beantragte Selbstbeschäftigung abgeschlagen worden. — So muß denn Genosse Limberg, anstatt sich geistig zu betätigen, Haarnadeln einrollen u. s. w. Limberg ist ja auch nur ein Arbeiterführer, ein „Führer“ und „Wähler“.

Ein ganzes Bündel Streikprozesse. Aus Hirschberg (Schl.) wird berichtet: Der letzte Maurerstreik hat zu zahlreichen Strafprozessen Veranlassung gegeben. Zunächst wurden eine Anzahl Maurer wegen Streikpostens stehen verurteilt. Am Freitag erhielt ein Streikender vom Schöffengericht 20 Mk. Geldstrafe zudiktirt, weil er einen Arbeitswilligen Streikbrecher genannt hatte. Sonnabend wurde ein 19jähriger Maurer, der einem Maurerlehrling mit Prügelein drohte, wenn dieser zur Arbeit ginge, von der Strafkammer wegen versuchter Nötigung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Ein Arbeiter, der zu dem Behring geäußert hatte, er sei ein feiger Kerl, wenn er aus Furcht vor dem Meister nicht an dem Streik theilnehme, wurde wegen Beleidigung mit 20 Mk. Geldbuße bestraft. Einige Prozesse schweben noch.

Waffentragende Arbeitswillige. In Düsseldorf befinden sich seit mehr als sieben Wochen die Tischler der Firma E. Funke im Streik. Daß eine Anzahl Polizeiorgane in Uniform und Zivil in der Nähe der vom Streik betroffene

nen Arbeitsstätte sich aufhalten, ist weiter nicht auffällig. Nicht interessant ist aber folgender Fall: Ein Arbeitswilliger, von einem Kollegen ersucht, von seinem nichtswürdigen Hundeln abzulassen, brachte es fertig, in einem sehr belebten Stadtheil die Schutzwaffe gegen den Streikenden zu richten. Auf Befragen erklärte ein Polizeibeamter, daß die Arbeitswilligen zum Waffentragen berechtigt seien, weil sie sämtlich Waffenscheine besitzen. Wenn es bis jetzt zu Krawallen nicht gekommen ist, so ist dies der Ruhe und Besonnenheit der Streikenden zu danken.

Stellung zum Parteitage nahmen am Sonnabend die Parteigenossen des Kreises Straßburg, Land. Der Delegierte zum Parteitag, Genosse Bell, erstattete Bericht. Nach eingehender Debatte wurde fast einstimmig eine Resolution angenommen, in der die fast einstimmige Annahme der Resolution Bebel-Kautsky-Singer begrüßt, die viele kostbare Zeit aber, die mit persönlichen Streitereien hingebracht wurde, bedauert wird. „Sollten jedoch die auf dem Parteitag stattgehabten persönlichen Debatten einen Reinigungsprozeß zur Folge haben, der für eine günstige Parteidewicklung unentbehrlich wäre, so hält die Parteiverammlung die auf dem Parteitag für andere Arbeiten verloren gegangene Zeit für nicht zu theuer erkauft.“ — In Karlsruhe polemisierte Genosse Kolb heftig gegen Bebel und Mehring. In der Diskussion wurde das Verhalten Kolbs auf dem Parteitage mehrfach auf das schärfste getabelt, und es kam zu härmlichen Ausfällen. Schließlich wurde ein Vertagungsantrag angenommen. Hierauf erklärte Kolb: in der nächsten Versammlung werde ich nicht erscheinen. — Eine Parteiversammlung des 22. sächsischen Wahlkreises, die Sonntag in Mylau stattfand, nahm einstimmig eine Resolution an, deren wichtigster Inhalt ist: „Die Versammlung nimmt mit tiefer Entrüstung von den nach dem Parteitag sich fortsetzenden läßlichen Zeitungs polemiken und Enthüllungen über einzelne hervorragende Führer in der Partei Kenntnis, insolge deren bisher sogar ein Abgeordneter sein Reichstagsmandat glaubte freiwillig niederlegen zu sollen. Die Generalversammlung erklärt sich davon befriedigt, daß der Parteivorstand einmündig beschlossen hat, das für das Ansehen der sozialdemokratischen Partei im höchsten Grade schädigende Gebahren einzelner Genossen in Hinsicht der Mitarbeit an gegnerischen Zeitungen bis zum Ende zu verfolgen und das Resultat dann den Parteigenossen im Reich zur Prüfung und Abgabe des Urtheils zu unterbreiten. Die Blankhaltung des Parteischildes hält die Generalversammlung des 22. Reichstagswahlkreises für eine Ehrenpflicht jedes Parteigenossen. Die bisherige alte Taktik, die auf dem Klassenkampfpunkt aufgebaut ist, soll auch ferner in der Partei Geltung behalten.“ In Bezug auf die von Dr. Heinrich Braun herausgegebene sozialdemokratische Wochenchrift „Die Neue Gesellschaft“ wurde folgende Resolution mit großer Majorität angenommen: „Die heutige Versammlung verwirft die fortwährenden Neugründungen von wissenschaftlichen Zeitschriften innerhalb der sozialistischen Partei, wie jetzt wieder eine solche von Seiten des Genossen Dr. Heinrich Braun ins Leben gerufen worden ist und glaubt vielmehr, daß die Parteigenossen in dem Parteianernehmen „Die Neue Zeit“ genügend Lektüre finden, sich wissenschaftlich bilden zu können.“

Maximilian Harden verweist in einer neuerlichen Erklärung im „Vorw.“ Bernhard Braun, Göhre und Heine auf den Rechtsweg, um durch Gerichtsverfahren und die Eidespflicht der Zeugen diejenigen seiner Äußerungen als wahr zu erweisen, die er nicht verbrieft hat. Insbesondere fordert Harden Heine öffentlich auf, entweder zuzugeben, daß unser Verkehr, so lang oder kurz er war, den Charakter der Intimität hatte, oder ihn zu verklagen und sich unter seinem Eide als Zeugen vernehmen zu lassen. Ich werde die Vernehmung zweier oder dreier Zeugen beantragen und verzichte hiermit, um Herrn Heine den Weg bequemer zu machen, auf das Rechtsmittel der

Der Bedlar.

Roman aus dem amerikanischen Leben von Otto Kuppins.

40. Fortsetzung.

„Well, Sir,“ begann Morton, wie sich ermannend von Neuem, „während dieser acht Tage war die Coroners-Untersuchung beendet worden und ich hatte, durch mein eigenes Unglück wie vor den Kopf geschlagen, kaum darauf geachtet, so nahe ihr Ergebnis mir auch liegen mochte. Erst nach der Abreise meines unglücklichen Mädchens machte mich Mrs. Morton auf den Verdacht, der auf Sie, Mr. Gelmstedt, gefallen war, und auf die Pflicht aufmerksam, hier in irgend einer Weise einzugreifen. Ich sah ein, daß sie recht hatte, ich begriff, daß Sie nicht für eine fremde That leiden durften — aber was sollte ich thun, wenn ich nicht die Schande meines Kindes in die Öffentlichkeit bringen, eine Kriminaluntersuchung über sie verhängen lassen und meine häuslichen Verhältnisse den Jungen des ganzen Staates preisgeben wollte? Mir erschien es anfangs als das Einfachste, der Sache ihren Lauf zu lassen, da Ihre Unschuld sicher schnell genug ans Tageslicht kommen würde; als aber eine Vertäufelung der sonderbarsten Umstände gegen Sie zeugte, als meine Frau jeden Tag unruhiger wurde, als sogar mehrere Bekannte vom Gericht, die bei mir eintraten, Ihrer Sache den schlechtesten Ausgang prophezeiten, da sah ich, daß gehandelt werden mußte. Nach mancherlei träben und vergeblichen Beratungen entschloß sich endlich meine kleine bewundernswürdige Frau, als sie den Kampf in mir bemerkte, meinem väterlichen Gefühl ein Opfer zu bringen, das wohl wenige Frauen gebracht hätten — sich der Wichtigkeit des ganzen Countys bloß zu stellen, und ehe ich nur noch meine Zustimmung gegeben, gegen die sich Alles in mir sträubte, hatte sie ihren Plan schon halb ausgeführt. Sie wissen, Sir, welche Anerbietungen sie Ihnen gemacht — Sie wiesen sie trotz Ihrer Gefahr zurück und von die-

sem Augenblicke an lernte ich Sie mit meiner ganzen Seele schätzen. Sie wissen auch, was Sie meiner Frau über Ihr Verhältnis zu Ellen Elliot vertrauten — was Sie dabei nicht mit klaren Worten aussprachen, das ließ sich errathen — und hier bot sich uns ein neuer Weg zu Ihrer Rechtsfertigung. Mrs. Morton mußte durch einen schriftlichen Herzenserguß von Ellen, wo sich deren Familie befand — sie theilte jetzt dem Mädchen den ganzen Stand Ihrer Angelegenheiten, so wie Ihre Weigerung, eine Aussage über Ihren Aufenthalt während der Mordnacht zu machen, mit, und wir hatten uns in dem Kinde nicht getäuscht — sie kam hier an, gerade noch zur rechten Zeit, hatte ihre Mutter nur mit wenigen zurückgelassenen Fetten über ihre Abwesenheit beruhigt und tapfer entschlossen den weiten Weg allein zurückgelegt. — Bei alledem wußte ich, daß ich Ihr Schicksal nicht an diesen einzigen Anker hängen durfte, ich kannte die Stimmung der Bevölkerung, die durch die unerbittlichen Besprechungen und Spekulationen der Zeitungen gegen das harmlose Mädchen erregt worden war — der heutige Tag war der entscheidende, und so machte ich mich fertig, auf jeden Fall für Sie einzustehen — Zeit und Ueberlegung hatten mir gezeigt, welcher Weg der einzig ehrenhafte war, und ich würde, als ich die Untersuchung sich zu Ihrem Nachtheile wenden sah, auch ohne Jaacs Dazwischentritt mit der Wahrheit heraufgekommen sein — der Beweis dafür liegt darin, daß ich die blutbesetzten Briefe, welche meine unglückliche Tochter dem Ermordeten entwendet, mit mir genommen hatte, um meine Angaben dadurch zu begründen. Jaacs Erzählung ist dann freilich, ihnen bei meiner Mittheilung an den Staatsanwalt erst die rechte Beweiskraft zu geben. — Da haben Sie meine ganze Beichte, Sir, das Gericht wird mit meinem armen Kinde jetzt wenig mehr zu thun haben — Ihr Schicksal, Sir, aber hat sich durch meine Schwäche in einer Weise gestaltet, daß Sie mir zu meiner eigenen Beruhigung gestatten müssen, Alles, was in meiner Kraft steht, anzuwenden, um den angerichteten Schaden wieder

auszugleichen — wie und auf welche Weise darf ich freilich nicht bestimmen, aber hoffentlich wird sich, wenn Sie mir vergeben wollen, in unserer gemeinsamen Berathung ein Weg dazu finden.“ Er wandte den Kopf nach dem jungen Manne und hielt ihm die Hand hin. Gelmstedt legte die seine hinein. „Sprechen Sie nicht von vergeben, Mr. Morton“, sagte er, „wer weiß, wozu Alles für mich gut ist, was geschehen und warum es so hat kommen müssen; das größte Unglück, das ich in Amerika erlebte, diente nur dazu, um mich für das hiesige Leben brauchbar zu machen — und jetzt, wo mir schon Hilfe angeboten wird, ehe ich nur weiß, ob oder was ich verloren habe, darf ich kaum von Unglück reden.“

„Well, Sir, ich danke Ihnen“, erwiderte Morton, der den Kopf hob, als habe er ein gestricheltes, unangenehmes Geschäft vollendet, „aber mit den bloßen Redensarten fangen wir die Ratte nicht. Ich würde sagen: lassen Sie uns warten bis morgen früh und dann in Ruhe überlegen, wenn unser Nachbar Elliot nicht ein Mann wäre, der wenig Zeit verstreichen läßt, bis er einen gefasteten Entschluß zur Ausführung bringt. Was geschehen soll, muß heute Abend beschlossen werden, morgen im Laufe des Vormittags ist der Mann mit seiner Tochter vielleicht nach irgend einem Theile der Welt unterwegs und dann, sehe ich recht wohl, wäre Alles, was außerdem gethan werden könnte, so gut wie nichts!“

„Ich glaube kaum, daß Ellen, wie ich sie kenne, jetzt ihrem Vater so ruhig folgen wird, als das erste Mal“, warf Pauline ein, mit einem halben Blicke zu ihrem Manne aufsehend.

„Was kann sie aber thun?“ erwiderte Morton; „Ihr unser junger Freund will sie nicht eher haben, bis er nicht eine Zukunft hat und sie vor Entbehren schützen kann, wie er sagt, und es liegt ein Verstand darin, den ich diesen unserer amerikanischen jungen Leute wünschte — und wie können doch nicht, wenn wir sie auch in unser Haus auf-

Widerlage. Das Verfahren wird dann ergeben, ob die Mittelungen, die wir ausgetauscht haben, als intim zu bezeichnen sind.“ Heinrich Braun gegenüber, der die Beziehung der Zusammenkunft mit Harden als „Kriegsrath“ bemängelt hatte, erklärt Harden: „Bei dieser Zusammenkunft, die Sanderlang wahrte, hat er mir kein geheimes Material“ gegen Herrn Dr. Mehring vorgelegt und mir die seitdem berühmt gewordene Soupergeschichte erzählt; Sanderlang wurde ausschließlich die Frage erörtert, wie man am wirksamsten gegen Herrn Mehring vorgehen könne: vor, auf oder nach dem Parteitage, durch Privatlage, Rede oder Broschüre; nur zu dem Zweck, dieser Frage gemeinsam mit Ihnen die Antwort zu suchen, war ich von Herrn und Frau Braun in Ihre Wohnung gebeten worden. Und für eine Zusammenkunft, deren einziger Zweck ist, die gegen einen Feind zu wählende strategische Taktik zu erörtern, weiß ich keine passendere Bezeichnung als „Kriegsrath“. Endlich berichtet Harden gegen Mehring. Er will aus zwei Briefen Mehriings vom 19. und 20. September 1892 beweisen, daß Mehriing damals noch zur Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ bereit gewesen sei. Es sind die beiden Briefe, die Bernhard bereits auf dem Parteitag verlesen hat und die schon in der Hardenbroschüre aufgeführt worden sind. Endlich zitiert Harden den Anfang einer Postkarte vom 14. Oktober 1892, auf der Mehriing Harden einen Artikel über die Krisis in der „Freien Volksbühne“ anbietet.

Der Parteitag der sozialdemokratischen Sozialdemokraten fand letzten Sonntag in Ditten statt. 236 Delegierte aus allen Theilen des Landes hatten sich dazu eingefunden; unter den zahlreichen Gästen befanden sich auch die sozialdemokratischen Regierungsräthe Ernst Züric und Müller-Wasfel. Den Bericht über die Thätigkeit der siebenköpfigen sozialdemokratischen Fraktion im Nationalrath während der drei Sessionen im Dezember, März und Juni erstattete Grellich. Er schilderte insbesondere den schwierigen Stand, welchen die Fraktion gegenüber der bürgerlichen Mehrheit hat. In der langen, lebhaften Debatte wurde die Thätigkeit der Fraktion im Allgemeinen anerkannt, dagegen fand ihre Haltung in der Kanonenfrage recht kritische Beurtheilung. Grellich erklärte in seinem Schlussworte, die gefallenen Anregungen beherzigen zu wollen. Wünschenswerth sei es aber, daß die Fraktion recht bald durch neue tüchtige Kräfte, namentlich einige Draufgänger, verstärkt und verschärft werde. Schließlich wurde beschlossen, die Fraktion zu verpflichten, in Zukunft vier Wochen vor dem Parteitag den Thätigkeitsbericht in der Parteipresse zu veröffentlichen. Der von der bestellten Programmkommission ausgearbeitete Entwurf für den praktischen Theil des Parteiprogramms wurde an die Kommission mit dem Auftrage zurückgewiesen, auch eines theoretisch-grundrisslichen Theil auszuarbeiten und dann einen ganzen Entwurf vorzulegen. Ueber die Stellung der Partei zum Militarismus referierten Artilleriemajor Müller-Horn (deutsch) und Kapitan-Lanjanne (französisch), und beide legten als die Quintessenz ihrer Referate eine Reihe von Thesen vor. Nach gründlicher Diskussion kam folgende einstimmig angenommene Resolution zu Stande: „Die sozialdemokratische Partei kämpft für eine Gesellschaftsordnung, die, wie sie die Klagengegenstände innerhalb eines Volkes aufweist, auch die Ursachen der feindseligen Beziehungen zu den Völkern beseitigt; sie erklärt sich daher als Anhängerin des internationalen Friedens, der internationalen Schiedsgerichte, der allgemeinen Abrüstung und als Gegnerin des Militarismus, solange diese Grundzüge nicht verwirklicht sind. Unter dem Zwange des gegenwärtigen Zustandes anerkennt die sozialdemokratische Partei die Nothwendigkeit der Organisation der Wehrkraft des Landes. Diefelbe soll beruhen auf dem Milizsystem und auf einer Militärdienstpflicht, in welcher die Rechte und Pflichten des Staates und der Bürger genau festgestellt werden. Daraus ergeben sich für die sozialdemokratische Partei folgende Forderungen: 1. Das eidgenössische Militärbudget darf jährlich in Friedenszeiten das Maximum von 2000000000 Franken nicht übersteigen. 2. Sobald die außerordentlichen Ausgaben für das Militärwesen für ein Jahr den Betrag einer Million Franken übersteigen, unterliegt die Bewilligung derselben der Volksabstimmung. Diese beiden Vorschläge sind sofort auf dem Wege der Volksinitiative einzubringen. 3. Die Auszubildung, Ausbildung und Organisation des Heeres sind nach Verhältnissen anzupassen nach folgenden Grundzügen: Beförderung der Ausbildung auf das für den Ersatz Nothwendige, Beförderung der gesamten Dienstzeit, aber Konzentration derselben auf die ersten Jahre der Dienstpflicht, Beförderung und Anreizung durch den Bund einzig nach den Anforderungen des Feldes, gleichmäßige Erziehung der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, Abschaffung der Militärsucht in Friedenszeiten, Eintreten des Staates bei Unbereitschaften für die überausigen Folgen des Militärsystems, offene Partei gegen ihren Vater ergreifen? Dagegen hat aber nur der Mann ein Recht, dem sie ihr ganzes künftiges Leben anvertrauen. Wollen Sie vorläufig eine Stellung in meinen Hause oder auf einem fremden Boden, Sir, bis ich etwas anderes Besseres finde, so ist wenigstens für den Augenblick der Rath abgeholfen, was das Kind hat ein Recht, bei uns zu sein.“

„Ist nicht die Frage von einem Schritte auf und durchschritten anzugehen das Jammern. Es wäre Tölpelheit von mir“, sagte er endlich wieder herabsteigend, „Ihre Hilfe in der Lage, in welcher ich mich befinde, anzunehmen, ist wahrlich ein Schritt nach der Höhe, so kann ich mich nicht entschließen, für mich blühe es doch nur immer eine Noth und Barmherzigkeit zu sein und Sie müßten in eine ganz unangenehme Lage zu fallen, vielleicht auch zu der ganzen höchsten Gesellschaft gehören.“ Sie hätten gleiche Sache mit dem Fremden gemacht, der nichts ist und nichts hat und doch seine Hand nach einem Mädchen aus der Mitte des Landes ausstreckt; Sie würden dem Schritte aller rechten Eltern, die Töchter heilen, gründen im Schritte folgen und wahrlich, Sir, Sir, so unrichtig das auch jetzt geschicht sein mag, doch ganz korrekt. — Ich weiß mir irgend eine Stellung, irgend eine Selbstbestimmung zu verschaffen, aber ich habe noch nicht gefunden, was ich thun soll. Ich werde nun Ihren Rath und Ihre Hilfe dazu bitten, aber ich weiß, daß das nicht in der Hand liegt. Ich werde nun in aller Eile nach Ditten gehen — ich muß sich eilen mit Mr. Elliot reden, ich bin noch nicht

dienstes, Demokratisierung des gesamten Heerwesens, aber mit kundiger Befehung der obersten Heeresleitung und der höchsten Kommandostellen (Generalstabsdienst und Divisionskommandos Lebensberuf), Kampf gegen den Mißbrauch der in der militärischen Hierarchie jedem einzelnen Vorgesetzten verliehenen Gewalt, die thatsächlichen und moralischen Mißhandlungen der Soldaten, die Paradespielereien in der Ausbildung und Erziehung, alle die Auswüchse, die in dem Begriffe Militarismus zusammengefaßt werden. Die Verwendung des Militärs zum Polizeidienste bei Streiks und Aussperrungen ist unzulässig.“ Bezüglich der drei am 25. Oktober zur Volksabstimmung gelangenden eidgenössischen Referendumsvorlagen: Kaufkrattengesetz, reaktionäre Wahlinitiative und Einschränkung des Alkohols mit alkoholischen Getränken, wurde Verwerfung beschlossen. Von den welschen Delegierten wurde ferner die Milleranfrage aufgerollt. Der Parteitag entschied aber mit großer Mehrheit, daß sozialdemokratische Parteimitglieder auch künftig in eidgenössischen kantonalen und kommunalen Exekutivbehörden und Regierungen sitzen und wirken dürfen. Nachdem noch von den Kriegsplänen der Brauereibesitzer gegen die Brauereiarbeiter Kenntnis genommen und letztere der Sympathie der Partei versichert waren, wurde der Parteitag Abends 6 1/2 Uhr geschlossen.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein häßlicher Denunziantenstreich brachte den 28-jährigen Arbeiter Emil Hoffmann von Dölan wegen Majestätsbeleidigung auf die Anklagebank in Halle o. S. Der Angeklagte sollte im vorigen Jahre, im April dieses Jahres und im September gelegentlich des Kaiserbesuches seinen Wirthskonten, dem Hildebrandtschen Ehepaar gegenüber, schwer beleidigende Äußerungen in Beziehung auf den Kaiser gethan haben. Die Strafkammer, die sich mit der Sache beschäftigte, schloß wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung die Deffinitivität aus. Der Angeklagte erklärte sich für nicht schuldig mit dem Hinweise, er habe jene Äußerungen nicht gethan; die Hildebrandtschen Eheleute, die in ganz Dölan in keinem guten Rufe ständen, hätten ihn aus Rache denunzirt. Er habe in Beziehung auf den Kaiser keine Andeutung gemacht, die auf eine Gewaltthätigkeit gerichtet gewesen wäre. Er, Angeklagter, sei Familienvater und habe als solcher 14 Tage unschuldig in Haft gesessen; er werde gegen Hildebrandts ein Reueidverfahren beantragen. Durch die umfangreiche Beweisaufnahme wurde das Hildebrandtsche Ehepaar und besonders die Frau Helmine Hildebrandt in kein gutes Licht gebracht. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten die erorbante Strafe von drei Jahren Gefängniß. Das Gericht sprach den Angeklagten aber mit der Begründung, den Hildebrandtschen Eheleuten habe kein Glauben beigelegt werden können, frei. Welche Anal mag der Angeklagte vor der Urtheilsverkündung ausgesprochen haben?

Unschuldig verurtheilt. Der Adergutsbesitzer Klewitz aus Steudal war im vorigen Jahre wegen Sittlichkeitsverbrechens auf Grund von Kinderansagen zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Auf Betreiben des Justizraths Sello wurde das Wiederanfahrverfahren eingeleitet und die Entlassung des Klewitz am 1. Oktober dieses Jahres verfügt, da die betreffenden Mädchen eingestanden, aus Furcht im Prozesse unwahre Angaben gemacht zu haben.

Aus besseren Kreisen. Die Gattin des bekannten Romanschristlichen Georg Freiherr v. Dupertoda in Dresden hat aus Liebe zu einem Mittelmeister der Garde reitern ihren Gemahl verlassen und ist mit ihrem Geliebten verschwunden. Es ist Eheverweigerung eingereicht worden. Die Klage, eine geborene Rotand, ist sehr reich. Sie hat sich nach dem Vorbilde der schätzlichen Kromprinzessin nach der Schweiz gewandt. Ihr Mann, der außerordentlich fleißig schriftsteller und wenig ausgeht, soll ihr nicht genug Lebenswage gewesen sein. Sie hinterläßt in Dresden zwei Knaben im Alter von 6 und 10 Jahren.

Ein Nachspiel zu den Reichstagswahlen gab es Montag vor dem Schwurgericht in Eisen. Am Tage der Reichstagswahl entstand in Gelsenkirchen ein großer Straßenaufruhr, bei welchem Streikwüthe gegen Polizeibeamte sowie auch Revolververbrechen vorliefen. Es handelte sich hauptsächlich um die Befreiung eines Unbekannten, der eine Klage gegen die Beamten gestellt hatte. Verleßt wurde aber niemand. In der Schwurgerichtssitzung am Montag wurde die Klage gegen drei junge Bergleute, Dollmann, Tark und Dollmann, verhandelt; ersterer erhielt ein Jahr Gefängniß, Tark 2 Monate Gefängniß und Dollmann wurde freigesprochen. Die Sache, die sich nicht so schlimm herausstellte — ursprünglich war Landfriedensbruch angenommen

worden — erhielt dadurch ein besonderes Interesse, daß der Staatsanwalt anfragte zu welcher politischen Partei die Angeklagten gehörten. Der Verteidiger wies diese Anfrage als ungesittlich zurück. Durch Gerichtsbeschluss wurde diese Fragestellung aber dennoch zugelassen, den Angeklagten jedoch anheim gegeben, sie zu beantworten oder nicht. Dolmann erklärte hierauf, er gehöre der Zentrumsparthei, Tark er gehöre der nationalliberalen Partei an, während Dollmann die Beantwortung der Frage ablehnte.

Ein eigenartiger Streik ist am Freitag voriger Woche in Landau in der Pfalz zum Ausbruch gekommen. Die Metzgermeister haben ihre Thätigkeit eingestellt und wollen dieselbe nicht eher wieder aufnehmen, bis ihre Forderungen erfüllt werden. Der Grund des eigenartigen Streiks, der nach allen Regeln der modernen Streiktaktik durchgeführt wird, liegt in der schlechten Behandlung, der die Metzgermeister im städtischen Schlachthause durch die Bediensteten desselben ausgesetzt sind, und in der Art, wie durch den Bezirksstierarzt Feil die Fleischbeschau ausgeübt werde. Die Metzger erklären, daß sie so nicht weiter arbeiten könnten, wenn sie nicht ganz ruiniert werden sollen. Die Sympathie der Bevölkerung Landaus und der umliegenden Landorte ist völlig auf Seiten der Metzgermeister. Die Bauern weigern sich, der Stadtverwaltung, die im Schlachthause eine Regie-schlächterei einrichtete, ihr Vieh zu verkaufen und läßt sich einer Beikommen, dies doch zu thun, so bekommt er dafür von seinen Gevattern Prügel. Es fehlt also auch nicht an Terrorismus. Die Viehhändler haben sich gleichfalls mit den Metzgern, deren Vorgehen natürlich bei ihren Kollegen allgemein Anklang gefunden hat, solidarisch erklärt und sich gleichfalls verpflichtet, der Stadtverwaltung kein Vieh zu verkaufen. Die Versuche der Stadtverwaltung, die sich mit ihren Schlachthausbediensteten und ihrem Fleischbeschauer solidarisch erklärt hat und kein Vieh an ihnen zu finden vermag, die Fleischversorgung zu regeln, sind denn auch bis jetzt gescheitert. Drei Schweine, drei Kühe und drei Hammel ist alles, was sie bisher aufbrachte.

St. Surenkratius leistete sich neuerdings folgendes: Ein Reptener Schmiebemeister erhielt von seiner Berufsgenossenschaft, Sitz in Berlin, ein Schreiben, worin es heißt, daß er nur 16,50 Mk. für Umlagen einbrachte, während 16,51 Mk. fällig waren. „Den Restbetrag von 1 Pfennig ersuchen wir umgehend einzusenden“, schließt das Schreiben, dem ein über den Betrag von 1 Pfennig lautendes Postanweilungsformular beigelegt war.

Normalschiff und Fahrwasser-Tiefe. Die Tiefe des Fahrwassers der deutschen Wasserstraßen ist so verschieden, daß es schwer ist, ein Normalschiff einzuführen, das auf allen Kanälen mit gleichem Vortheil benutzt werden könnte. Von Jahr zu Jahr wird eine wesentliche Verbesserung des Fahrwassers unserer großen Flüsse durch Wasserbauten herbeigeführt. Auch die Kanäle, namentlich aber diejenigen, welche als Verbindungen der Ströme dienen, erfahren nach und nach eine Vergrößerung der Fahrtiefe, eine Erweiterung der freien Öffnungen der Schleusen und Brücken. Die Natur der verschiedenen Flüsse bringt es mit sich, daß durch die Verbesserungsarbeiten nur sehr verschiedene Tiefen des Fahrwassers bei Niedrigwasser erreicht werden können und daher zunächst auf nur bestimmte Tiefen angestrebt werden. Auf der Weichsel soll dieses Maß bis 1,67 Meter betragen, auf der Oder 1,00 bis 1,50 Meter, auf der Elbe oberhalb Magdeburg 1,00 bis 1,40 Meter und unterhalb Magdeburg bis 1,60 Meter; indes glaubt man die Arbeiten unterhalb Magdeburgs so einrichten zu können, daß Schiffe bis Magdeburg hinauf eine Tiefe von 2 Metern bei mittlerem Niedrigwasser antreffen. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, steht zwar noch nicht fest, es wird aber erhofft. Auf der Weser glaubt man durch Regulierung als geringste Fahrtiefe anstreben zu können auf der Strecke von Minden bis Minden i. B. von 0,80—1,00 Meter und unterhalb Minden bis 1,25 Meter; durch Kanalisierung wird man zweifellos eine Tiefe von 2 Metern erreichen können. Der Rhein, unsere schönste und wichtigste Wasserstraße, stellt der Schifffahrt oberhalb St. Goar eine Fahrtiefe bis zu 2 Metern, von St. Goar bis Köln von 2,50 und unterhalb Köln von 3,00 Metern zur Verfügung. Die für solche Tiefen gebauten größten Schiffe werden weder die Elbe noch die Weser, noch die Oder, noch die Weichsel befahren können. Für den Kanal, welcher demnächst den Rhein mit Weser und Elbe und durch die stillen der Elbe bereits bestehende Wasserstraßenkette auch mit Oder und Weichsel verbinden soll, ist daher eine allerdings möglichst große Fahrtiefe — 2 bis 2,50 Meter — geplant, es ist aber nicht zu erwarten, daß die größten Rheinschiffe auf ihm verkehren können. Bei 2 bis 2,5 Meter Tiefe können die Schiffe schon die bedeutende Tragfähigkeit bis 1000 Tonnen, also etwa hundert Eisenbahnwagen mit je 200 Zentnern Ladefähigkeit, erhalten.

„Ich habe noch wenig vom hiesigen Leben gesehen und mein Urtheil mag nicht ganz richtig sein, aber mir scheint, daß das ganze amerikanische Familienverhältniß ein anderes sein würde, wenn viele Männer mehr Männer in diesem Sinne wären. — Lassen Sie mich jetzt zu Bett gehen.“ fuhr er dann ruhiger fort, „vielleicht kommt mir irgend ein glücklicher Gedanke während der Nacht, ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihre Theilnahme.“

„Bell, Sir“, sagte Morton, ihm die Hand drückend, „ich habe schon heute während Ihrer Verteidigungsrede gedacht, daß Sie einen unserer besten Advokaten abgaben, und in Allem, was Sie heute Abend gesagt, steckt Etwas, das dem Mädchen eine Ueberzeugung beibringen könnte, wenn ich auch zehnmal weiß, daß Sie Unrecht haben. Gehen Sie Ihren Weg, legen Sie sich ins Bett — viel schlafen werden Sie wahrscheinlich nicht, und haben Sie irgend einen Gedanken, so wissen Sie, daß ich darauf warte, für Sie Hand anzulegen.“

Helmstedt reichte seine Hand der jungen Frau. „Können Sie mir nicht Recht geben?“ fragte er.

„Es gehört für eine Frau viel Liebe dazu, um Ihren Standpunkt zu würdigen“, sagte sie, ohne aufzublicken, „sehen Sie zu, daß Sie vor Allen bestehen, dann will ich gern nichts weiter sagen.“

„Ich habe noch wenig vom hiesigen Leben gesehen und mein Urtheil mag nicht ganz richtig sein, aber mir scheint, daß das ganze amerikanische Familienverhältniß ein anderes sein würde, wenn viele Männer mehr Männer in diesem Sinne wären. — Lassen Sie mich jetzt zu Bett gehen.“ fuhr er dann ruhiger fort, „vielleicht kommt mir irgend ein glücklicher Gedanke während der Nacht, ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihre Theilnahme.“

„Bell, Sir“, sagte Morton, ihm die Hand drückend, „ich habe schon heute während Ihrer Verteidigungsrede gedacht, daß Sie einen unserer besten Advokaten abgaben, und in Allem, was Sie heute Abend gesagt, steckt Etwas, das dem Mädchen eine Ueberzeugung beibringen könnte, wenn ich auch zehnmal weiß, daß Sie Unrecht haben. Gehen Sie Ihren Weg, legen Sie sich ins Bett — viel schlafen werden Sie wahrscheinlich nicht, und haben Sie irgend einen Gedanken, so wissen Sie, daß ich darauf warte, für Sie Hand anzulegen.“

Helmstedt reichte seine Hand der jungen Frau. „Können Sie mir nicht Recht geben?“ fragte er.

„Es gehört für eine Frau viel Liebe dazu, um Ihren Standpunkt zu würdigen“, sagte sie, ohne aufzublicken, „sehen Sie zu, daß Sie vor Allen bestehen, dann will ich gern nichts weiter sagen.“